

durchschauen und verabscheuen“ (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 441 f.). Damit ist die ernsteste Gefahr genannt, die einer Ausbreitung der kommunistischen Weltrevolution Vorschub leistet: mangelnde Erkenntnis der Verkehrtheit des atheistischen, den Menschen entwürdigenden, sein göttliches Ebenbild zerstörenden Materialismus. Dieser Mangel ist um so gefährlicher, als die Befangenheit im westlichen, bürgerlichen Materialismus einen kaum bezähmbaren Drang nach Expansionsgeschäften mit der kommunistischen Wirtschaft hervorbringt, und zwar so stark, daß manche bereit sind, in ideologischer Hinsicht Fünfe gerade sein zu lassen und auf jene natürlichen Tugenden der Klugheit und der Rechtschaffenheit zu verzichten, von denen in anderem Zusammenhang anlässlich der vorigen Gebetsmeinung für das Gelingen der Volksmissionen gesprochen werden mußte (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 561 f.). Wer so weit gekommen ist, daß er, wie unsere Bischöfe einmal sagten, den Lebensstandard als Götzen anbetet, der ist zwar noch fern von der Anbetung kommunistischer Idole, aber einmal beim Götzendienst angelangt, hört die geistige Fähigkeit auf, die Welt Gottes und die Welt des Satans zu unterscheiden, und damit beginnt der westliche Materialist allmählich reif zu werden für eine Überrumpelung. Er wird eingeschlafert. Er kapituliert um eines materiellen oder vordergründigen politischen Nutzens willens vor einer Macht, deren endzeitlichen Charakter das Lehramt der Kirche wieder und wieder gekennzeichnet hat. Die Weltrevolution des Kommunismus ist dann schon in der Weise mit Erfolg gekrönt, daß man ihre territorialen Errungenschaften legitimiert und damit die Menschen in diesem Bereich verkauft, die noch an den Namen des Erlösers glauben. Ist es schließlich der kommunistischen Macht auch noch gelungen, dieselben wirtschaftlichen und technischen Wunder zu vollbringen wie der Westen, so kann die Paarung jederzeit beginnen, und sie wird nicht ausbleiben.

3. Den anderen gefährlichen Beitrag zu einem Erfolg der kommunistischen Weltrevolution leisten sogenannte christliche Völker, die sich den Notwendigkeiten sozialer Reformen entziehen und die katholischen Soziallehren zur Farce machen. Man hört gelegentlich sagen, die Kirche habe „keine Macht“, d. h. keine politische Macht, um für die Beachtung ihrer Soziallehren zu sorgen. Das ist ebenso richtig wie es andererseits auch eine faule Ausrede ist, die wir uns nicht erlauben sollten. Denn sie besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß Christus von uns die Macht abgesprochen wird, diese Welt durch den Einbruch des Geistes in die Gewissen zu erneuern. Die Kirche hat so viel Macht, wie ihre Bischöfe, Priester und verantwortlichen Laien gut beten, sich selber von unnötigem Lebensstandard frei halten und den Mut haben, soziale Mißstände anzugreifen und sie auch dann an die große Glocke zu hängen, wenn einige jener beliebten privilegierten „Wohltäter“ verlorengehen, bei denen man sonst für einen guten Zweck zu betteln pflegt. Der Reichtum der Kirche waren noch zu allen Zeiten die vielen Armen und nicht die wenigen Reichen. Ohne hier bestimmte Länder und Erdteile eigens beim Namen zu nennen, die gegebenenfalls eine Beute des Kommunismus werden könnten, muß für das Gebetsanliegen grundsätzlich gesagt werden: ein weiteres Vordringen des Kommunismus wird nicht nur durch Waffen, sondern durch rechtzeitige Reformen und rechtzeitige Pflege der unterentwickelten Gebiete ge-

währleistet, was nicht nur eine Sache der rechnenden Finanzierungsinstitute ist, sondern ebenso eine Sache der sich verschwendenden Liebe wohlhabender christlicher Völker. Seit dem Fastenopfer dieses Jahres fangen wir endlich auch bei uns zulande an, das zu begreifen. Aber es war bisher nur ein Anfang.

4. Eine dritte Versuchung, der kommunistischen Weltrevolution zum Erfolg zu verhelfen, ist die Vernachlässigung des Glaubens an die Solidarität — die Ostkirche nennt es die Gemeinschaft — der Christen. Der verstorbene Papst wurde nicht müde, die Gläubigen daran zu erinnern, daß sie den Bereich der privaten Frömmigkeit, der individualistischen und oft auch egoistischen Selbstheiligung überschreiten und für die großen Anliegen der Kirche leben möchten. Zu diesen Anliegen gehört nun auch, daß wir für das Erstarren des christlichen Glaubens und der christlichen Kirchen im Machtbereich des Kommunismus besser beten. Dieser Kommunismus ist zwar keine bloße Doktrin, er ist eine mächtige internationale Partei und eine gewaltige militärische Maschinerie, und weithin sind seinen technischen Wunderwerken auch die Menschen verfallen. Aber der Mensch gehört Gott allein, und in das Herz der Menschen ist die Wahrheit Gottes eingeschaffen, an deren Wirksamkeit wir glauben dürfen und sollen; besonders dort ist sie am Werke, wo sie von den Gnadengaben Christi genährt wird. Die kommunistische Welt ist kein Monolith, und der Osten ist noch nicht der unbestrittene Herrschaftsbereich des Satans. In den Untergründen der menschlichen Seele herrscht dort nach wie vor die Heiligste Dreifaltigkeit, und je mehr die katholische und die orthodoxe Kirche im Osten wieder die Herzen der Gläubigen mit der Wahrheit Christi erfüllen, desto geringer werden die Aussichten, daß die Macht des atheistischen Kommunismus überbietet. Suchen wir wenigstens im Gebet die innigste Gemeinschaft mit den Christen im Osten. Das wollte Pius XII., und das ist eines der großen Anliegen des regierenden Papstes Johannes XXIII. Es gibt einen von Gott gebotenen Weg, die kommunistische Weltrevolution niederzubeten — vorausgesetzt, daß wir im eigenen Bereich analogen Mächten wachsam entsagen. Dieser Weg ist ohne Opfer nicht gangbar. Er beginnt beim Magnificat: „Die Gewaltigen stürzt er vom Throne und erhöht die Niedrigen. Die Hungernden erfüllt er mit Gütern . . .“ Aber: „die Reichen läßt er leer ausgehen!“ Wir kommen um die Frage nicht herum: Wem zuliebe sollte Gott jene Mächtigen vom Thron stürzen?

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

„Pausenmonat“
für den Seelsorgs-
klerus der Diözese
Hildesheim

Die zunehmende Überbelastung des Seelsorgsklerus zwingt immer wieder zu neuen Überlegungen, auf welche Weise heute eine wirksame seelsorgerliche Arbeit des Priesters gewährleistet und gefördert werden kann. Sie läßt sich nur sichern, wenn die maßlos angewachsenen Verpflichtungen und die ständig steigenden Erwartungen, denen sich heute die praktische Pastoral gegenübergestellt sieht, rigoros, d. h. auf ein vernünftiges Maß, zurückgeführt werden. In welcher Form das

im einzelnen geschehen kann, haben sowohl die Freiburger Richtlinien zur Vereinfachung der Seelsorge (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 386) wie auch die Richtlinien der Diözese Würzburg (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 444) gezeigt.

Einen neuen Weg hat jetzt der Bischof von Hildesheim, Heinrich Maria Janssen, für seinen Seelsorgsklerus eingeschlagen. Durch einen mit „Notverordnung“ überschriebenen Erlaß (veröffentlicht im Kirchlichen Anzeiger für das Bistum Hildesheim, 1. August 1959) wurde — versuchsweise für dieses Jahr — ein allgemeiner „Pausenmonat“ für alle Seelsorger der Diözese eingeführt. Zum „Pausenmonat“ wurde der September erklärt. Begründet wurde die „Notverordnung“ wie folgt: „Der Mangel an Seelsorgsgeistlichen in Verbindung mit den ständig wachsenden Seelsorgsaufgaben hat eine Arbeitslast hervorgerufen, die den Gesundheitszustand des Klerus bedenklich zerrüttet hat. Für den Seelsorgsklerus gibt es keinen freien Sonntag, kein freies Wochenende, keine Fünftage-Woche, sondern seit langem nur pausenlos sich folgende Werktage. Erschwerend kommt in diesem Jahr die Hitzeperiode hinzu. Unerwartete körperliche und seelische Zusammenbrüche, frühzeitige Todesfälle sind leider die Folgen. Es erscheint daher dringend notwendig, eine Pause einzulegen, damit die Seelsorgsgeistlichen wieder einmal zur Ruhe kommen und neue Kraft schöpfen können.“

Der neueingeführte „Pausenmonat“ September, so wird in der „Notverordnung“ ausdrücklich betont, berührt die Urlaubsregelung nicht. Auch seien die Anweisungen der Verordnung nicht als Vorschriften, sondern als Ermächtigungen zu verstehen, „da die Überbelastung und auch die körperliche Widerstandsfähigkeit verschieden sind“.

Im einzelnen heißt es in der Verordnung:

1. Im Monat September können sämtliche Predigten, Ansprachen und dergleichen wegfallen. Ausgenommen sind die üblichen Ansprachen bei Trauungen und Beerdigungen.
2. Nichtzeitgebundener Unterricht wie Konvertitenunterricht, allgemeine Kurse für Brautleute usw. sind auf den nächsten Monat zu verschieben.
3. Binationen und Trinationen sind nur in wirklich notwendigen Fällen gestattet.
4. Vereins- und Gruppentätigkeit soll in diesem Monat ganz den Laien überlassen werden.
5. Seelsorgshausbesuche fallen fort. Ausgenommen sind seelsorglich notwendige Krankenbesuche.
6. Teilnahme an Konferenzen, Tagungen, Kursen, Zeltlagern und dergleichen sind im Monat September unerwünscht.
7. Autofahrten sind auf das seelsorglich unbedingt notwendige Maß zurückzuschrauben.

Die Einrichtung des „Pausenmonats“ ist, wie gesagt, als Versuch gedacht. Die „Notverordnung“ verlangt von allen Pfarrern und selbständigen Seelsorgern am Ende des „Pausenmonats“ einen Bericht über die Durchführung der Verordnung, ferner eine Stellungnahme darüber, ob der „Pausenmonat“ eine fühlbare Entlastung gebracht und zur körperlichen und seelischen Erholung beigetragen hat und ob seine Wiederholung im nächsten Jahr gewünscht und für notwendig gehalten wird. Auch können sich die Geistlichen dazu äußern, welcher Monat ihnen für ihre Seelsorgsstellen als „Pausenmonat“ am geeignetsten erscheint. Die Verordnung mahnt die Geistlichen,

den „Pausenmonat“ zu dem zu benutzen, wozu er gedacht ist, „nicht aber die frei gewordene Zeit für irgendwelche Sonderarbeiten zu verwenden, wodurch der Zweck der Sache verhindert würde“.

„Die katholische Kirche in Berlin und Mitteldeutschland“ lautet der Titel einer Broschüre, die jetzt der Morus-Verlag, Berlin (64 S., mit 29 Fotos und drei Karten), veröffentlicht hat. Das Bändchen, das in hohem Maße geeignet ist, die Bindungen zwischen den Gläubigen der Bundesrepublik und ihren mitteldeutschen Glaubensbrüdern zu festigen und zu vertiefen, will zunächst nicht mehr — so heißt es in dem Vorwort — als die Fragen beantworten, „die in der Regel von Besuchern Berlins gestellt werden, sofern sie sich dem Leben und den Sorgen der katholischen Kirche verbunden fühlen“. Wichtiger noch als die Beantwortung reiner Sachfragen in diesem Bändchen ist sein dokumentarischer Teil, der den Ursachen der Spannungen zwischen Kirche und Staat in Mitteldeutschland nachgeht. Er nimmt den weitaus größten Teil der Broschüre ein. Auf knappstem Raum ist hier die Entwicklung des Kirchenkampfes in der Ostzone nachgezeichnet, insbesondere der Kampf des Regimes um die atheistische Durchdringung der Familie und aller anderen Erziehungseinrichtungen (Schule, Religionsunterricht, die Universitäten, die schulfreie Zeit) sowie seine Bemühungen um den Aufbau einer atheistischen Gegenreligion. Sowohl die Dokumentation des militanten Atheismus wie auch die angeführten Beispiele für wahrhaft christlichen Bekennermut machen jedem gläubigen Christen deutlich, daß die Härte des Kampfes auf die Dauer nur ertragen und bestanden werden kann, wenn in den Kirchen und christlichen Familien der Bundesrepublik das Gebet für die Bekenner nicht nachläßt, wenn es intensiv und unablässig die tägliche Last der Unterdrückten mitträgt. Das ist wohl der eigentliche Sinn dieser Publikation: die Katholiken der Bundesrepublik teilhaben zu lassen am Los der verfolgten Kirche in unserem Vaterland. Die Schrift mahnt damit auch den Seelsorger, die ihm anvertrauten Gläubigen immer wieder zu Gebet und Opfer für die bedrängte und kämpfende Kirche in Mitteldeutschland anzusprechen.

Die besondere Situation des Bistums Berlin

In seinem ersten Teil bietet das Bändchen Zahlen und Daten aus dem kirchlichen Leben in Berlin und Mitteldeutschland (Aufbau der kirchlichen Verwaltung, Zahl der Seelsorgspriester und -stellen, der Kirchen, die Priesterausbildung und die caritativen Einrichtungen in der Zone, die Arbeit des St.-Benno-Verlages in Leipzig). Wir greifen hier nur als Beispiel für die Schwierigkeiten, die sich der Seelsorge in diesem Teil Deutschlands täglich stellen, einige Angaben über die Situation im Bistum Berlin heraus.

Das Bistum Berlin weist folgende zahlenmäßige Aufteilung auf: In den Westsektoren wohnen 276 000 Katholiken, im Ostsektor 130 000 und in der Zone 180 000 Katholiken. Zwei Drittel der Katholiken des Bistums wohnen also in der unter Vier-Mächte-Kontrolle stehenden Stadt Berlin, ein Drittel im Gebiet der „DDR“. Das Bistum ist praktisch dreigeteilt. „Der Bischof von Berlin, Kardinal Döpfner, wohnt in Westberlin, kann daher sich auch in Ostberlin frei bewegen, darf aber nicht

die Zone betreten. Die Gläubigen aus der Zone können zu ihm nach Berlin kommen, aber er nicht zu ihnen. Unmittelbar erreicht der Kardinal sie nur über den Rundfunk, wie z. B. durch seine Morgenansprachen, die er an jedem zweiten Montag in aller Frühe im Sender Freies Berlin hält. Die beiden Weihbischöfe von Berlin wohnen hingegen in Ostberlin, haben daher auch Bewegungsfreiheit in Westberlin und in der Zone. Für den Bischof ist es unmöglich, einen Priester vom Westsektor in den Ostsektor oder in die Ostzone zu versetzen; denn er erhält dort keine Aufenthalts- und Zuzugsgenehmigung. Umgekehrt wäre es zwar möglich, einen Priester vom Osten in den Westen zu versetzen, aber dieser Priester ließe sich im Osten nicht mehr ersetzen.“

Besonders eigenartig liegen die Verhältnisse bei der Pfarrei Staaken. „Sie liegt im westlichen Stadtrande Berlins, unmittelbar an der Zonengrenze; ja die Zonengrenze zerschneidet die Pfarrei. Die Kirche und das Pfarrhaus liegen in der ‚DDR‘. Dort wohnt auch der Pfarrer. Ein großer Teil der Gläubigen wohnt in Westberlin, hier wohnt jetzt auch der Kaplan. Die Westberliner Gläubigen können nicht in ihre Pfarrkirche in der ‚DDR‘. Darum mußte im Westberliner Gebiet eine Notkirche gebaut werden. Wird der Pfarrer in Staaken krank, so darf sein Westberliner Kaplan nicht über die Straße (die Zonengrenze ist) gehen, um für ihn Gottesdienst in der Pfarrkirche zu halten, sondern aus dem über 30 km entfernten Ostberlin muß ein Priester nach Staaken kommen, für den dann aus Westberlin ein Vertreter nach Ostberlin geschickt werden kann.“

Zur Soziologie der Mischehe

Das Problem der Mischehe ist in seiner quantitativen Bedeutung mit Hilfe der kirchlichen und staatlichen Statistik verhältnismäßig leicht zu erfassen; man braucht ja nur die Trauziffern zueinander in Beziehung zu setzen. Aber damit allein ist für die Pastoral noch nicht viel gewonnen. Als Grundlage für die Registrierung gilt die von den Ehepartnern angegebene nominelle Konfessionszugehörigkeit, das heißt in der Regel der Taufschein. Unter den heutigen Verhältnissen sagt aber der Taufschein über die innere Einstellung seines Besitzers nicht viel aus, wenigstens nicht in Westdeutschland, wo es eine nennenswerte Strömung zum formellen Kirchenaustritt zur Zeit nicht gibt und demnach Gläubigkeit und Konfessionszugehörigkeit durchaus nicht immer identisch sind. Deshalb sind differenziertere soziologische Felduntersuchungen notwendig, wenn man über die Zusammenhänge zwischen Gläubigkeit und Mischehe und über deren Ursachen und Auswirkungen zuverlässige Erkenntnisse gewinnen will, die die Voraussetzung für geeignete seelsorgliche Maßnahmen sind.

Eine vorzügliche Untersuchung darüber, die allerdings die Verhältnisse in den Niederlanden zum Gegenstand hat und nur zum Vergleich auch anderen Ländern, darunter an erster Stelle Deutschland, Aufmerksamkeit schenkt, ist soeben in der Schriftenreihe des Katholischen Sozial-Kirchlichen Institutes in Den Haag erschienen. Sie beruht auf sehr umfangreichem statistischem Material. Es handelt sich um das Buch von B. van Leeuwen OFM: „Het Gemengde Huwelijk“ (Assen 1959). Der Verfasser gibt zunächst einen Überblick über die Entwicklung der kirchlichen Mischehepraxis in seinem Lande von der Reformation bis zur Gegenwart, der von hohem Interesse ist, hier aber übergangen werden muß. Dann analysiert

er die Daten unseres Jahrhunderts und besonders der Nachkriegszeit, die er schon rein statistisch unter einer Reihe origineller Gesichtspunkte aufschlüsselt. Es würde zu weit führen, hier einzelne Zahlen anzugeben. Sie rechtfertigen aber eine Anzahl pastoralsoziologischer Folgerungen, die als Möglichkeiten und Überlegungen auch außerhalb der Niederlande in Betracht kommen.

Mischehen nehmen zu

Bekanntlich steigt die Zahl der Mischehen in Deutschland zwar langsam, aber kontinuierlich. In absehbarer Zeit wird es, wenn diese Strömung anhält, so weit sein, daß auf zwei rein katholische kirchlich getraute Paare eine Mischehe katholisch getraut wird. Bezieht man die bürgerlichen Eheschließungen ein, dann kommen auf hundert standesamtliche Trauungen zweier Katholiken zwischen sechzig und siebzig Trauungen konfessionsverschiedener Partner. Man verweist nun in Deutschland bisweilen darauf, daß das in den Niederlanden nicht so sei, und dabei schwingt manchmal die Vermutung mit, es könne an der seelsorglichen Praxis liegen. Nach den Untersuchungen von van Leeuwen trägt der Anschein. In den Niederlanden gibt eine zunehmend große Zahl von Katholiken beim bürgerlichen Abschluß der Ehe an, keine Konfession zu haben. „Sie gehen somit keine Mischehe, sondern vielmehr eine homogen unkirchliche Ehe ein“ (382). Das hängt damit zusammen, daß die Konfessionslosigkeit namentlich in den großen Städten des Landes verbreiteter ist als in Deutschland, hat aber einen Vorteil: Diejenigen, die sich auch beim Eheabschluß zu einer Konfession bekennen, haben eine gewisse religiöse Substanz. So hat der Begriff „Mischehe“ mehr an religiösem Inhalt, und diese Art von Mischehen ist tatsächlich im Abnehmen.

Gründe für die Zunahme

Es ist nichts Neues, daß die Diasporasituation, also der geringfügige Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung, die Mischehe am wirksamsten begünstigt und zwar mit der Tendenz, daß der der Minderheitskonfession angehörige Teil seine Konfessionszugehörigkeit praktisch oder auch formell aufgibt. Diese Beobachtung ist aber nicht vollständig richtig. Die differenziertere Statistik zeigt die Bedeutung eines entgegengesetzten Faktors. Er wird geschaffen durch das religiöse und soziale Milieu. Wo das religiöse Leben, soweit es statistisch erfaßbar ist, stärker pulsiert, dort ist die Zahl der Mischehen geringer. Aber eine noch größere Bedeutung hat, wenigstens in den Niederlanden, der Unterschied von Stadt und Land. Die Größe und Struktur der Städte ist für die Häufung der Mischehen „ausschlaggebend“. Auch die soziale Stellung der Männer hat statistisch eine Beziehung zur Häufigkeit der Mischehen. Sie werden am häufigsten von Arbeitern, vor allem von ungelerten Arbeitern, abgeschlossen, was van Leeuwen darauf zurückführt, daß diese dem zersetzenden Großstadtmilieu am meisten ausgesetzt und am wenigsten von Rücksichten auf die Familie geleitet sind. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die religiöse Gleichgültigkeit und Unkirchlichkeit eher die Ursache oder eher die Folge der Mischehe sei. Es scheint, daß das Milieu beide Phänomene gleichmäßig begünstigt.

Der Anteil der Geschlechter

Der Anteil der beiden Geschlechter an den Mischehen ist sowohl in den Niederlanden als auch in der Bundesrepu-

blik in ausgesprochenen Diasporagebieten bei den Männern höher. In katholischen Gebieten und selbst in solchen, wo die Katholiken eine starke Minderheit bilden, überwiegen die Mischehen katholischer Frauen, und diese überwiegen insgesamt nicht unbeträchtlich. Die Soziographie findet dafür keine eindeutige Erklärung. Ein Grund kann darin gesehen werden, daß die Katholiken im großen ganzen eine schwächere wirtschaftliche Stellung haben; ein weiterer darin, daß Männer sich stärker von sachlichen Überlegungen (wozu dann auch die religiösen zu zählen wären), Mädchen dagegen weit mehr von affektiven Bindungen leiten lassen; ein dritter schließlich darin, daß katholische Mädchen vielleicht stärker in der Hoffnung leben, daß ihr Partner konvertieren werde.

Religiöser Nihilismus

Aufschlußreich ist die Tatsache, daß in den Niederlanden die Zahl der Katholiken, die einen konfessionslosen Partner heiraten, rapide zunimmt. Von hundert Katholiken, die eine Mischehe eingingen, heirateten im Jahre 1939 26, 1956 aber schon 39 einen Mann oder eine Frau ohne jede kirchliche Bindung. Diese Entwicklung wird, wie oben angedeutet, in Deutschland verdeckt. Ob sie aber der Sache nach nicht auch vor sich geht? Sie hat jedenfalls zu bedeuten, daß die Mischehen bei einer solchen Entwicklung zunehmend in den Einflußbereich atheistischer oder doch religiös ganz indifferenter Haltungen geraten. „Quantitativ gesehen, ist die konfessionelle Nivellierung der Ehepartner auf dem Niveau der Unkirchlichkeit der am meisten verfolgte Weg“ (387). Das wird u. a. auch durch die religiöse Entwicklung der Kinder aus Mischehen bewiesen. Da die Konfessionslosigkeit in den Niederlanden so verbreitet ist, nimmt es nicht wunder, daß der Anteil der Kinder aus katholischen Mischehen, die überhaupt nicht mehr getauft oder einer Religion zugeführt werden, von Jahr zu Jahr steigt. Von den Kindern aus solchen Ehen wurden 1956 38,5% katholisch, 15,3% evangelisch, 46,2% dagegen überhaupt nicht mehr getauft! Nicht selten sind die ältesten Kinder noch getauft, die folgenden dagegen nicht mehr.

Sind rein katholische Familien besser?

Im Gegensatz zu einer weitverbreiteten Meinung kommt van Leeuwen zu dem Ergebnis, daß der Unterschied in bezug auf die religiöse Praxis und Teilnahme am kirchlichen Leben zwischen rein katholischen Ehen und katholisch getrauten Mischehen sowie das religiöse Leben der in ihnen aufwachsenden Kinder im Durchschnitt „erstaunlich gering“ sei. Allerdings fällt er dieses Urteil auf einer schmalen Erfahrungsbasis, wie er selbst sagt, und darum ist es fraglich, ob es verallgemeinert werden darf. Es hat auch einen mehr negativen als positiven Sinn: Der Einfluß des Zeitgeistes ist bei den durchschnittlichen katholischen Familien nicht wesentlich geringer als in den Mischehen. Übrigens erhärtet die Statistik, daß das religiöse Leben in katholischen Mischehen günstiger verläuft, wenn die Frau der katholische Teil ist. In den nicht kirchlich getrauten Mischehen dagegen nehmen auch die Kinder sehr wenig am kirchlichen Leben teil, selbst wenn sie getauft sind.

Hinweise für die Seelsorgspraxis

Hinsichtlich der pastoralen Praxis zur Verhinderung künftiger Mischehen hat van Leeuwen die Erfahrung gemacht, daß die Warnung vor den Gefahren für den Glauben

nicht viel fruchtet; sie würden nicht ernst genommen, und die Abneigung gegen Mischehen, soweit sie vorhanden sei, habe sehr viel weniger religiöse Motive als vielmehr den Grund einer gewissen Furcht davor, daß die menschliche und eheliche Harmonie in einer Mischehe weniger gewährleistet sein könnte als in einer religiös homogenen Ehe.

Beachtliche Hinweise für die Seelsorgspraxis in der Frage der Mischehen enthält auch ein Aufsatz von Franz Groner im Köln-Aachen-Essener Pastoralblatt (Mai 1959, S. 120—130). Groner lenkt zunächst die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß dieses Seelsorgsproblem wegen der stets zunehmenden Zahl der Katholiken, die in einer Mischehe leben, immer dringender wird, und das besonders im Hinblick auf die ebenfalls steigende Zahl der Kinder aus solchen Ehen. Die Zahl der religiös gemischten Familien werde voraussichtlich schon bald 40% der Familien einer durchschnittlichen Pfarrgemeinde ausmachen. Die zunehmende Gewöhnung der Gläubigen an die Selbstverständlichkeit von Mischehen könnte das Tempo der Entwicklung sogar noch steigern. „Bei den religiösen Mischehen ist die einzige Stelle, an der es in der katholischen Kirche Deutschlands in der Gegenwart eine rechtswirksame und ins Gewicht fallende Abfallbewegung gibt“ (122).

Die pastorale Praxis muß, wie Groner ausführt, zur Kenntnis nehmen, daß die Mischehen allermeist ihre Ursache nicht in einer plötzlich getroffenen Entscheidung haben, sondern durch langsam heranreifende Haltungen vorbereitet werden, die um so schwerer zu beeinflussen sind, als sie einen kollektiven Charakter haben. Wiewohl die Mischehe im Einzelfall und konkret immer in einer persönlichen Entscheidung gründet, nimmt doch die allmählich erworbene und zudem durch eine gewisse „öffentliche Meinung“ in dieser Frage vorbedingte „eigene Meinung“ und religiöse Einstellung der Entscheidung in dem Augenblick, wo sie fällig ist, das Gewicht und in einem gewissen Sinne die Freiheit. Ein vielleicht unbewußter religiöser Indifferentismus zusammen mit einem Mangel an religiösem Verständnis der Ehe läßt es beinahe selbstverständlich erscheinen, daß man eine Mischehe eingeht, wenn die Dinge sich so fügen. Deswegen bleibt die seelsorgliche Einwirkung, wenn sie erst in diesem Augenblick kommt, fast immer ohne Erfolg.

Institutionalisierung der Sorge um die Mischehe

Wegen der Wichtigkeit der Sache macht Groner den Vorschlag zur „Institutionalisierung“ dieser kirchlichen Sorge. Er ist der Meinung, sie sei ebenso wichtig wie die Organisation der Caritas oder der Sorgen um die Missionen, die Diaspora, den Film und Rundfunk oder die Suchtgefahren. Das Mischeheproblem ist wichtig genug und bleibend genug, um eine derartige Intensivierung und Koordinierung der Seelsorge zu rechtfertigen. Das kann und muß selbstverständlich ohne jede Polemik gegen andere Konfessionen geschehen, die ja in der Sorge um die Seelen in dieser Frage denselben Standpunkt vertreten wie die katholische Kirche, nämlich daß Mischehen aus religiösen Gründen unerwünscht sind.

Motivbeeinflussung

Davon abgesehen, hält Groner die Stärkung der religiösen Abwehrkräfte gegen eine Mischehe unter folgenden Bedingungen für möglich und wirksam:
„Sie muß prophylaktisch in langer Vorausschau erfolgen.

Sie muß kontinuierlich, das heißt mit großer Stetigkeit und über lange Zeiträume durchgeführt werden. Es müssen die Motive entsprechend ihrer Wirksamkeit und in weiser Beschränkung gestreut werden. Zu viele Motive können sich in ihrer Wirksamkeit gegenseitig schwächen. Die höchsten Motive sind zwar die der reinen Gottesliebe. Es dürfte aber die Vermutung dafür stehen, daß die zunächst wirksamsten hier betreffenden Motive die sind, die in Beziehung zu einem berechtigten Egoismus stehen“ (129—130).

Groner trifft sich in dieser Feststellung mit van Leeuwen, der ebenfalls die Erfahrung berichtet, die jungen Menschen zeigten sich religiösen Motiven weniger zugänglich als allgemeinmenschlichen, wie etwa dem der „Harmonie“ des Familienlebens. Und dazu steuert Groner ein Beispiel aus einer Kölner Gemeinde bei. Dort wurde jährlich einmal in der Predigt darüber gesprochen, daß die Höhepunkte des Familienlebens (Taufe, Erstkommunion, Trauung, Tod) nur in der religiösen Gemeinsamkeit voll erlebt werden. Die Zahl der Mischehen in dieser Gemeinde ging im Lauf von sieben Jahren radikal zurück, womit natürlich nicht gesagt werden kann, welchen Anteil derartige Vorstellungen an diesem Rückgang hatten.

Die kommunistischen VII. Weltjugendfestspiele

Vom 26. Juli bis 4. August 1959 fanden in Wien die „VII. Weltjugendfestspiele“ statt. Die Veranstalter dieser alle zwei Jahre (zuletzt 1957 in Moskau) stattfindenden Festspiele sind bekanntlich die Kommunisten, die sich aber hier wie in so vielen anderen Dingen nicht offen als solche deklarieren, vielmehr unter farblosen Benennungen und mit den Parolen „Friede und Freundschaft“ die Jugend der ganzen Welt zu gemeinsamem Spiel und Sport einladen. Sie sehen in dem „Festival“, wie es kurz und im Interesse internationaler Verständlichkeit heißt, eine große Möglichkeit, mit den Mitteln der Tarnung in der nichtkommunistischen Welt für die politischen Ziele und Parolen des Kommunismus zu werben und die Politik der Weststaaten zu diskreditieren.

Zum erstenmal wurden die Weltjugendfestspiele außerhalb der kommunistischen Welt abgehalten. Das „Internationale Vorbereitungs Komitee“ hatte bei der österreichischen Bundesregierung angefragt, und die Regierung gab ihre Zustimmung, obwohl der österreichische Bundesjugendring, in welchem alle österreichischen Jugendverbände mit Ausnahme der Kommunisten zusammengeschlossen sind, heftig gegen die Abhaltung der Festspiele in Wien protestierte.

Die österreichischen Jugendverbände waren von vornherein entschlossen, an dem Festival nicht teilzunehmen, wie ja auch die große Mehrzahl der anderen Jugendverbände der westlichen Welt nicht teilnahm. Diese Haltung wurde da und dort mit dem Argument kritisiert, daß man in der heutigen Situation in der tiefen Entzweiung und Kriegsgefahr jede Gelegenheit des Kontaktes mit der östlichen Welt ergreifen müsse. Die österreichischen Jugendverbände (und ähnlich die anderen) sagten sich aber, daß sie im Rahmen der offiziellen Veranstaltungen auf keinen Fall zu einem offenen, freien Gespräch mit den Festivalteilnehmern gelangen und gegenüber einer Regie, die fest in den Händen der Kommunisten liegt, niemals — auch nicht mit den geschultesten

Rednern — wirksam zu Wort kommen, vielmehr zwangsläufig in die offiziellen Slogans hineingezogen würden und dadurch nur mithelfen, das wahre Gesicht des Kommunismus zu verschleiern und seine Position in der Welt zu stärken.

Mit der Ablehnung konnten sich die österreichischen Jugendverbände natürlich nicht zufriedengeben. Sie mußten vielmehr versuchen, die vielen Tausend jungen Menschen, die zu erwarten waren und erstmalig eine nichtkommunistische Stadt sehen würden, mit einer Gegenpropaganda zu beeindrucken und womöglich mit einzelnen oder kleinen Gruppen ins Gespräch zu kommen, um deren Bild vom Kommunismus und von der westlichen Welt zu erschüttern. Diese Vorbereitung setzte zeitlich im Frühjahr ein. Man wandte sich auch an befreundete Organisationen des Auslandes und hatte schließlich, als das Festival begann, über 1500 sprachkundige und geschulte Mitarbeiter zur Verfügung, die katholischen Verbände ca. 800, davon die Hälfte aus dem Ausland, die Sozialisten 700, davon ebenfalls viele aus dem Ausland.

Auch für die österreichische Presse und den Rundfunk stellte sich die Frage, wie sie den Festspielen entgegenwirken sollten; sie beschlossen, als wirksamstes Mittel das ganze Festival während seiner Abwicklung totzuschweigen, höchstens vorher eine Grundsatzklärung abzugeben. Dadurch wurden die Veranstalter des Festivals besonders schwer getroffen, da sie nun gerade das entbehrten, was sie am meisten brauchten: die Publizität.

In Prag, Budapest, Moskau und Peking wurde (sicherlich) mit großer Aufmachung über die Veranstaltungen berichtet, nur die Stadt, in welcher sie abgehalten wurden, ignorierte sie völlig. Die kommunistische „Volksstimme“ wandte sich beschwörend an die Wiener Bevölkerung, die „Mauer des Schweigens“ zu durchbrechen, doch die 97% nichtkommunistischer Bevölkerung nahmen davon keine Notiz. Erst nachdem die Festspiele vorbei waren, erschienen in der Presse kritische Beurteilungen der ganzen Veranstaltung.

Die Teilnehmer

Die Zahl der Festivalteilnehmer wurde vom Veranstaltungskomitee mit 17 000 angegeben, die Wiener Polizei hingegen schätzte ca. 14 000. Das ist gewiß keine überwältigende Zahl. Bei der großen Eröffnungsfeier im Wiener Stadion waren zusammen mit den Wiener Kommunisten und neugierigen Zuschauern maximal 40 000 Personen anwesend, die natürlich das große Stadion nur zur Hälfte füllen konnten. Die Versammlung auf dem Rathausplatz zählte 20 000 Teilnehmer, der Marsch über die Ringstraße und die anschließende Kundgebung auf dem Heldenplatz 12 000, also nicht einmal so viel, als die Zahl der Festivalteilnehmer ausmachte. Außer diesen großen Kundgebungen gab es eine Unmenge von kulturellen Veranstaltungen, u. a. original chinesisches Theater, die aber nur wenig Wiener Bevölkerung als Zuschauer hatten, und die Diskussionsseminare, zu welchen jedoch nur die Festivalteilnehmer, und auch die nur in kleineren Gruppen, Zutritt hatten. In diesen letzteren konnten die Kommunisten dank ihrer Regie die gestellten Themen, wie Weltfriede, Unabhängigkeitsstreben der farbigen Völker, in ihrem Sinn behandeln. Doch selbst hier gab es kritische Stimmen, besonders von seiten der USA-Delegation, die kräftig ihre Meinung über persönliche Freiheit zum Ausdruck brachte. Dies führte zu einer Auf-

spaltung der USA-Delegation, wie es auch bei anderen Delegationen über die aufgeworfenen Fragen wesentliche Meinungsverschiedenheiten und scharfe Worte gab, so bei der italienischen, indischen, pakistanischen und brasilianischen.

Hinsichtlich des freien Ausgangs untertags und in den Abendstunden bestanden große Unterschiede. Die Teilnehmer aus den Weststaaten und aus Übersee konnten sich bis spät in die Nacht im Prater — dort waren in den Hallen des Messegeländes ca. 5000 Festivalteilnehmer untergebracht — und in den Straßen der Stadt bewegen, während die aus den Oststaaten nur sehr beschränkten oder gar keinen Ausgang hatten. Völlig isoliert waren die Rumänen. Sie waren auf Schiffen im Winterhafen untergebracht und wurden geschlossen mit Autobussen zu den Veranstaltungen und wieder zurückgebracht, während zur Nachtzeit Scheinwerfer die Umgebung der Schiffe unter Kontrolle hielten, ähnlich wie das in den Gefangenlagern der Fall ist.

Bei ihrem Wandern durch die Stadt machten die Festivalteilnehmer keinen unsympathischen Eindruck, manche waren in malerischer Nationaltracht, die anderen in normaler, meist einfacher Kleidung. Auffällig war, daß sich unter ihnen viele Personen befanden, die man bei uns nicht mehr in die Jugend einreihet. Das ist einmal dadurch zu erklären, daß für die kulturellen Darbietungen sehr viele Künstler nach Wien gekommen waren, zum anderen aber wohl durch die übergroße Zahl von geeichten Funktionären, die man vorsichtshalber mitgeschickt hatte.

Die Gegenaktionen

Die Gegenaktion der österreichischen Jugendverbände (Bundesjugendring und österreichische Hochschülerschaft) war sehr vielfältig: 1. Eine Ausstellung im Künstlerhaus, unmittelbar neben dem Hauptquartier des Festivals, „Österreichs Jugend stellt sich vor“. In Plakaten, Spruchbändern, Fotos und Schriften wurde gezeigt, daß es hierzulande eine Vielfalt von Jugendorganisationen gibt, alle auf der Basis völliger Freiheit und des Geltenlassens der anderen. Es kamen immer wieder Festivalteilnehmer herein, freilich im ganzen nicht sehr viele. 2. Informationsstellen an 15 markanten Punkten der Stadt, wo Fragen beantwortet und Schriften verteilt wurden, auch Bücher, wie „Doktor Schiwago“ und „Die neue Klasse“ von Djilas, ferner religiöse Schriften, wie Bibeln in verschiedenen Sprachen. In den 15 Informationsstellen wurden täglich zusammen ca. 4000 Besucher gezählt, darunter 800—1000 Festivalteilnehmer. (Die übrigen 3000 Besucher erklären sich durch den großen Fremdenstrom, der sich durch Wien bewegte.) In und vor den Informationsstellen entwickelten sich häufig lebhaftige Diskussionen mit den Festivalteilnehmern. 3. Unentgeltliche Filmvorführungen in mehreren Wiener Kinos mit Filmen wie „Ungarn in Flammen“ und „Völker, hört die Signale“. Anfangs konnte man nur relativ wenige Festivalteilnehmer hineinbringen, später aber immer mehr, besonders in ein Kino, das einem von den Kommunisten für die Festspiellauer gepachtet so nahe lag, daß den Besuchern eine Unterscheidung schwerfiel. Außerdem wurden große, gutbesuchte Konzerte veranstaltet. 4. Mehrsprachige Plakate an den Plakatwänden der Stadt und eine Zeitung „Stimme der Jugend“ in Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch und Russisch. Noch intensiver war die publizistische Aktion des Herausgebers der „Presse“, der durch zehn Tage hin-

durch täglich die „Wiener Nachrichten“ in sieben Sprachen erscheinen ließ. Ferner kreisten stundenweise Flugzeuge, die den Text nachzogen: „Denk an Ungarn“, „Denk an Tibet“, „Festival ohne uns“, über der Stadt.

Außer diesen gemeinsamen Aktionen des Bundesjugendringes und der österreichischen Hochschülerschaft gab es gesonderte Aktionen der katholischen und der sozialistischen Gruppe. Die katholischen Verbände veranstalteten eine Ausstellung „Unbesiegter Glaube“ über die Christenverfolgungen im Osten. Unter den über 60000 Besuchern waren immerhin 600 Festivalteilnehmer. Außerdem veranstalteten sie unentgeltliche Autofahrten zum Eisernen Vorhang, damit die Besucher sich von der Existenz des Stacheldrahtverhaues und der Wachtürme an den Grenzen des kommunistischen Paradieses überzeugen konnten. Die katholischen Verbände allein veranstalteten 88 Fahrten mit 3000 Personen, darunter ca. 1300 Festivalteilnehmern, also ein großer Erfolg. Überdies wurden bei den Informationsstellen und bei den Autofahrten insgesamt 22000 Postkarten mit dem Bild des Stacheldrahtverhaues verteilt. Auch die Sozialisten veranstalteten Fahrten zum Eisernen Vorhang, allerdings nicht so viele, machten statt dessen aber Stadtrundfahrten und Betriebsbesichtigungen in Wiener und niederösterreichischen Fabriken. Weiter sind zu nennen die Einladungen zum Mittagessen in Wiener Familien (100 Personen) und die 150 Reisestipendien in die westlichen Länder, die von den Deutschen Jugendverbänden und von der evangelischen „Union junger Christen“ ausgegeben wurden. Sehr erfolgreich waren die beweglichen kleinen Teams (2—3), um einzelne durch die Straßen schlendernde Festivalteilnehmer bzw. kleine Gruppen anzusprechen. Für die eigenen Leute und die Wiener Bevölkerung wurden Gottesdienste und Gebetsstunden für die verfolgte Kirche gehalten. Diese verschiedenen Aktionen waren gewiß eine sehr bedeutende Leistung der österreichischen Jugendverbände. Viel mehr zu tun war wohl nicht möglich. Die Kosten dieser Aktion machten etwa 4 Millionen Schilling aus, die zum Teil von den österreichischen Jugendverbänden, zum anderen sehr erheblichen Teil durch Spenden aufgebracht wurden. Demgegenüber betrugen die Kosten des Festivals gut 4 Millionen Dollar, also über 100 Millionen Schilling.

Erfahrungen

Die Frage ist nun, in welchem Maße man wirklich an die Festivalteilnehmer herankam, um sie zum Nachdenken über Programm und Wirklichkeit des Kommunismus anzuregen. Die Diskussionen vor dem Künstlerhaus und anderen stark besuchten Informationszentren, die bis tief in die Nacht dauerten, waren im Grunde die weniger ertragreichen. Sie spielten sich meist zwischen kommunistischen Funktionären, die offensichtlich von der Festivalleitung geschickt waren, und Sprechern der Gegenseite, vielfach Leuten aus der zusammengeströmten Wiener Bevölkerung, ab, während die Festivalteilnehmer angesichts ihrer Funktionäre bloß zuhörten und wenig von dem merken ließen, was sie sich dachten. Zu besserem Kontakt führten die Diskussionen in den ruhigeren Informationsstellen, wohin die Festivalleitung keine Redner entsandte, und besonders bei den Rückfahrten vom Eisernen Vorhang und mit den kleinen beweglichen Teams. Man konnte beobachten, daß die Festivalteilnehmer anfangs in größeren Gruppen gingen und meist von einem Funktionär begleitet waren, der ein Gespräch mit einem dieser

Teams verhinderte; daß aber später die Teilnehmer aus der nichtkommunistischen Welt diese Bevormundung abschütteln konnten und in kleinen Gruppen oder einzeln gingen. Kam ein Gespräch in Gang, stellten die Festivalteilnehmer immer gleich die Frage, weshalb man sie hier so unfreundlich behandle, indem man sich weigere, mitzutun, und nichts über das Festival berichte. Damit war man in medias res gelangt, und der Gesprächspartner wies auf die Tatsachen Ungarn und Tibet und das wahre Gesicht des Kommunismus hin. Mit diesen Argumenten machte man, wie es schien, einigen Eindruck auf die Ostdeutschen und die Polen — doch läßt sich die tatsächliche Wirkung schwer beurteilen, da die Menschen der östlichen Welt gelernt haben, sehr zurückhaltend zu sein —, von den Russen z. B. prallten derartige Argumente ab, während man mit den Ungarn, Tschechoslowaken und Rumänen so gut wie gar keinen Kontakt fand. Relativ schwach waren auch die Kontakte mit den Leuten aus Westeuropa, da diese wenig in Erscheinung traten und wenig Interesse für Gespräche hatten. Sehr schwierig erwies sich auch das Gespräch mit den Südamerikanern, schon aus sprachlichen Gründen, da man entsprechend sprachkundige Leute nicht zur Verfügung hatte.

Wieder anders war die Situation bei den Asiaten und Afrikanern. Für das Gespräch mit ihnen würden die bestgeschulten Leute eingesetzt, darunter 26 katholische Studenten dieser Länder, die in Wien studieren. Die Teilnehmer aus Übersee waren von der großen Aufmachung der Veranstaltung und der betonten Herzlichkeit und Achtung seitens der Festivalleitung sichtlich stark beeindruckt. Sie sehen keine sonderliche Gefahr im Kommunismus (eine Tatsache, die aus den Missionen immer wieder berichtet wird). Sie haben ein tiefes Ressentiment gegen ihre einstigen und zum Teil noch heutigen Kolonialherren. Ein Ausspruch für viele ist hier charakteristisch: „Den westlichen Kolonialismus kennen wir, den östlichen aber nicht.“ Sie sind von einem brennenden Unabhängigkeitsverlangen erfüllt und erklären, daß jeder, der sie auf diesem Wege unterstütze, ihr Freund sei. Immerhin konnte erreicht werden, daß sie angesichts mancher unlegbarer Tatsachen der kommunistischen Welt nachdenklich wurden und ihr Bild von Europa ein wenig korrigierten. Alle Festivalteilnehmer waren von der Tatsache beeindruckt, daß die Wiener Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit den Kommunismus ablehnt.

Diese Bilanz der persönlichen Kontakte könnte vielleicht gering erscheinen. Man muß aber bedenken, daß die ausländischen Teilnehmer ein reiches Programm abzuwickeln hatten und von vielen Eindrücken überschüttet wurden, was naturgemäß die Zeit und Energie für persönliche Gespräche, noch dazu unter sprachlichen Schwierigkeiten, sehr einschränkte. Ferner ist zu bedenken, daß bei einem einmaligen Gespräch — nur selten gelang eine zweite oder dritte Begegnung — die ungeheure geistige Entfernung, die zwischen östlicher und westlicher Welt besteht, nicht so leicht überwunden werden kann. Wenn man diese Schwierigkeiten bedenkt, war der Erfolg nicht gering. Die eigentlichen, tiefer reichenden Auswirkungen der Begegnung von östlicher und überseeischer Welt mit einer Stadt wie Wien und mit Menschen, die sich um echten Kontakt bemühten, können wohl überhaupt nicht abgeschätzt werden.

Die Vorbereitung des Ökumenischen Konzils

Papst Johannes XXIII. läßt, wie wir wissen, keine Gelegenheit vorübergehen, an das von ihm angesagte Ökumenische Konzil zu erinnern. Meist geschieht das in kurzen Erwähnungen und Aufforderungen zum Gebet und zur inneren Vorbereitung, um das Bewußtsein des kommenden großen Ereignisses bei den Gläubigen wachzuerhalten. Er hat jedoch auch in verschiedenen Ansprachen konkretere Äußerungen getan, die wir hier zusammenstellen. Daneben gehen die Vorarbeiten der Vorbereitenden Konzilskommission weiter.

Papst Johannes XXIII. über den Charakter des Konzils

In der Ansprache an eine Gruppe von Nationalseelsorgern der Katholischen Aktion Italiens am 7. Juli gedachte der Heilige Vater der Heiligen des liturgischen Festes dieses Tages, der Slawenapostel Cyrill und Methodius: „Diese beiden außerordentlichen Gestalten mahnen uns an unsere Pflicht, uns mit ständig wachsender Liebe um unsere getrennten Brüder zu bekümmern und sie durch jede Form der Anziehung einzuladen, wie es die liturgischen Hymnen dieses Festes offen ersehnen. Die wunderbaren Unternehmungen der Heiligen Cyrill und Methodius öffnen vor unsern Augen Horizonte, die wir noch nicht genau betrachten können, weil ein großer Schleier — der Eiserne Vorhang — sie uns verbirgt.“

Wir stellen uns gern vor, daß die Vorsehung dank unserer Gebete und Opfer im Begriff ist, eines der wunderbarsten Geheimnisse der Geschichte auszuarbeiten, das Geheimnis der Erbarmung des Herrn über alle Völker.“

Die wichtigsten Äußerungen über das kommende Konzil tat der Papst in einer Ansprache an die Diözesanpräsidenten der Katholischen Aktion Italiens, die er Anfang August in Castelgandolfo empfing. Der „Osservatore Romano“ berichtet über diese Ansprache am 10./11. August. Nachdem Papst Johannes verschiedene andere Themen berührt hatte, kam er auf das Konzil zu sprechen.

„Das Ökumenische Konzil“, so gibt der „Osservatore“ den Inhalt der Ansprache wieder, „stellt sich als eine Kundgebung wahrhaft weltumspannender Katholizität von ungewöhnlicher, weittragendster Bedeutung dar. Was geschieht, bestätigt, daß der Herr den heilbringenden Plan mit seiner heiligen Gnade unterstützt. Die Idee des Konzils ist nicht als Frucht langdauernder Erwägung gereift, sondern wie die plötzliche Blüte eines unerwarteten Frühlings.“

Der Heilige Vater hatte den glücklichen Vorschlag angenommen, die jährliche ‚Gebetswoche für die Einheit der Kirche‘ in der Basilika San Paolo am 25. Januar abzuschließen. In diesen Tagen dachte er ständig darüber nach, daß das Ziel jener Gebete eben das ‚unum sint‘ unseres Herrn Jesus Christus sei, der Seufzer, die Klage des Erlösers, der schon ausgerufen hatte: ‚Erhebet eure Augen, und schaut die Felder an, wie sie weiß sind zur Ernte‘ (Joh. 4, 35).

Petrus ist immer bereit, seiner Aufgabe treu zu bleiben angesichts der neuen Möglichkeiten, die die Hilfsmittel des menschlichen Fortschritts auch in materiellen Dingen den geistigen Aufgaben zur Verfügung stellen. In unserer Zeit sind Treffen von Politikern, Diplomaten, Wissenschaftlern, Industriellen häufig... Warum sollten sich nicht auch die zusammenfinden, die einig sind in der Verherr-

lichung des größten Ereignisses der Menschengeschichte: des Sieges der Zivilisation im Lichte Christi? . . .

Was hoffen und was wünschen wir? Für alle den vollen Sieg unseres Herrn Jesus Christus und seines Kreuzes. In Erwartung jenes unvergleichlichen Ziels liegt schon ein großer Trost darin, das günstige Echo und die außerordentliche Freude bei der bloßen Ankündigung des Konzils von allen Seiten zu vernehmen . . .

Mit Gottes Gnade werden wir also dieses Konzil abhalten; wir wollen es vorbereiten, indem wir uns um das bemühen, was auf Seiten der Katholiken am meisten nötig hat, geheilt und gestärkt zu werden, wie es uns unser Herr gelehrt hat. Wenn wir dann diese mühevollen Aufgabe durchgeführt und so alles das ausgemerzt haben, was im menschlichen Bereich ein rasches Fortschreiten behindern konnte, werden wir die Kirche in ihrem ganzen Glanz vorstellen, „sine macula et ruga“, und allen anderen, die von uns getrennt sind, den Orthodoxen, den Protestanten usw., sagen: Seht, Brüder, dies ist die Kirche Christi. Wir haben uns bemüht, ihr treu zu bleiben, den Herrn um die Gnade zu bitten, daß sie immer so bleiben möge, wie Er sie gewollt hat.

Kommt, kommt: dies ist der Weg, der sich für die Begegnung, für die Heimkehr öffnet; kommt, euren Platz einzunehmen oder wiedereinzunehmen, der für viele von euch der Platz eurer Väter war. O welche Freude, welche Blüte auch im bürgerlichen und sozialen Bereich darf die ganze Welt vom religiösen Frieden, von der Wiederherstellung der Christenfamilie erwarten!“

In einer weiteren Audienz, in der der Heilige Vater am 9. August in Castelgandolfo eine Gruppe von 80 Seminaristen aus seiner Heimatdiözese Bergamo empfing, hielt er eine Ansprache, die die Zeitung „Eco di Bergamo“ referiert. Auch hier ging Papst Johannes wieder auf die Beziehung des Konzils zu den getrennten Brüdern ein. Er sprach von der liebevollen Aufmerksamkeit, mit der Orthodoxe und Anglikaner den Fortgang der Konzilsvorbereitungen verfolgen. Bei früheren Gelegenheiten haben diese Kirchen kein so wohlwollendes Interesse gezeigt. Jetzt hingegen besteht eine große Sehnsucht und Teilnahme am Gebet bei Millionen von Brüdern, die auf ihre Heimkehr zur Kirche warten. All dies ist ermutigend und weckt zugleich Optimismus und das Bewußtsein der großen Verantwortung. Wenn die Katholiken auch die Rückkehr der getrennten Brüder voll Eifer wünschen, so müssen sie doch zuerst für ihre eigene Läuterung und Eintracht sorgen. Der Heilige Vater ermahnte die Seminaristen, sich keinem oberflächlichen Optimismus zu verschreiben, sondern auf die Allmacht Christi zu vertrauen.

Wiederum sprach Papst Johannes von dem kommenden Konzil in einer Audienz vor etwa 2000 Pilgern in Castelgandolfo am 30. August. An diesem Tag hat er (nach „La Croix“, 1. 9. 59) erklärt, daß, wenn die getrennten Brüder dem Konzil beiwohnen wollen, man sie vernünftigerweise auch empfangen müsse, da ja „die Kirche immer ihr Haus geblieben ist, von dem sie sich im Laufe der geschichtlichen Ereignisse getrennt haben“.

Anfang August hat Kardinalstaatssekretär Tardini, Präsident der Vorbereitenden Konzilskommission, der Presse mitgeteilt, ein Rundbrief sei an rund 2700 Prälaten und Ordensleute der ganzen Welt versandt worden mit der Aufforderung an die Adressaten, mit größter Offenheit und Klarheit ihre Meinung über die Probleme abzugeben, die ihrer Ansicht nach auf dem Ökumenischen Konzil be-

handelt werden müssen. Ungefähr 40 Antworten waren Mitte August bereits eingetroffen; sie werden photokopiert und in mehrfacher Ausführung speziellen Dossiers einverleibt. Wie schon gemeldet, sind folgende weitere Gremien zur Vorarbeit aufgefordert: die Katholischen Universitäten und kirchlichen Hochschulen, die durch ihre Experten Studien über Fragen der Theologie, Moral, Philosophie, Liturgie, Kirchenrecht, Soziologie usw. ausarbeiten lassen sollen, die das Konzil interessieren können, und die Römischen Kongregationen, die Kommissionen von Konsultoren und Gelehrten der verschiedenen Nationalitäten konstituiert haben, um die Fragen auszuarbeiten, die sie dem Konzil vorlegen wollen.

Fortgang der Vorbereitung der Römischen Diözesansynode

Über den Fortgang der Vorarbeiten für die Römische Diözesansynode berichtete der Sekretär der Synodal-kommission, Msgr. Maccari, in einem

längeren Aufsatz im „Quotidiano“ vom 5. Juli 1959.

Zu diesem Zeitpunkt war die Arbeit der acht Unterkommissionen (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 464f.) bereits weit fortgeschritten und hatte rund 700 Beiträge mit Vorschlägen für die Synode zusammengetragen (sechs Wochen später sprach Msgr. Maccari bereits von 800 Beiträgen), die in langen, minutiösen Untersuchungen ausgearbeitet worden waren. Sie wurden dann zu Berichten verdichtet und zusammengefaßt, und aus diesen sind wieder kurze Vorschläge herausdestilliert worden. Diese Arbeiten benötigen bis zu ihrem Abschluß ungefähr hundert Sitzungen der Unterkommissionen.

Der nächste Schritt besteht darin, daß die Berichte der Unterkommissionen der eigentlichen Synodalkommission zugeleitet werden, damit diese sie zu einem einheitlichen Text verarbeitet und die einzelnen Gesichtspunkte ins richtige Verhältnis zueinander bringt. Dieser Text wird dann dem Bischof von Rom, Papst Johannes XXIII., zur Billigung unterbreitet werden. Als Bischof von Rom ist der Papst der einzige Gesetzgeber der Synode.

Über den vermutlichen „Inhalt“ der Synode schrieb Msgr. Maccari in diesem Aufsatz, wenn man auch noch große Zurückhaltung bewahren müsse, so könne man doch wohl sagen, daß die Synode, die die Erneuerung des christlichen Glanzes der Ewigen Stadt zum Ziel habe, eben die Mittel suchen werde, die zu diesem Ziel führen können. Dazu ist vor allem eine „mutige und moderne Erkenntnis der Probleme, auch der ernstesten“, nötig. Als Richtlinie dürfe man wohl das Thema der ersten Enzyklika Papst Johannes' XXIII. ansehen: Wahrheit und Einheit.

Die Wahrheit muß in bezug auf die brennenden pastoralen und organisatorischen Probleme aufgedeckt werden, ohne Furcht vor bitteren und schmerzlichen Erkenntnissen. Auch wenn Msgr. Maccari sich hier nur in ganz allgemeinen Hinweisen äußern kann, so glaubt er doch, jeder könne daraus schon ersehen, zu welchem pastoralem Aufschwung, zu welchem Dynamismus die Synode in diesem Bereich die Diözese aufwecken werde.

Für die Diözese Rom ist auch das Ziel der Einheit von großer Bedeutung. Die hundert und aber hundert katholischen Institutionen, die in Rom existieren, werden aus der brüderlichen Vereinigung unter der Leitung ihres Bischofs neue Lebenskraft gewinnen, die noch weit über die kostbaren, aber begrenzten Ziele jeder einzelnen hinausgeht.

Wenige Tage später ließ Papst Johannes durch die Vermittlung Kardinal Tardinis dem Kardinalvikar von Rom, Msgr. Micara, eine Botschaft zukommen, in der er seine Wünsche für die geistige Vorbereitung des gesamten Klerus von Rom auf die Synode zum Ausdruck bringt. Der Heilige Vater hofft, daß sich der ganze römische Klerus in besonderen Exerzitien auf dieses große Ereignis seiner Diözese vorbereitet. In dem Schreiben Kardinal Tardinis wird darauf hingewiesen, daß „man vielleicht nicht genügend beachtet hat, daß die Übergabe des Primats an Petrus während einer Zeit der Einkehr geschah, als der Meister mit seinen Jüngern in der Einsamkeit in der Gegend von Cäsarea Philippi weilte“. Die Bedeutung der Einkehr für die Vertiefung des priesterlichen Lebens ist von Papst Pius XII. und vorher schon vom heiligen Papst Pius X. nachdrücklich betont worden. „Priester, vor allem die Seelsorgsgeistlichen, müssen die ersten sein, die die Schwere und Dringlichkeit des Problems erkennen, und sie müssen sich würdig darauf vorbereiten, Werkzeuge Gottes zu sein.“ Pius XII. ermahnte den römischen Klerus zu besonderen Exerzitien zur Vorbereitung auf das Heilige Jahr 1950. Ebenso ermahnt jetzt Johannes XXIII. den römischen Klerus zur Vorbereitung auf die Synode, die der feierlichste rechtliche Akt einer Diözese ist und das Ziel hat, die geeignetsten Mittel und Wege zu finden, durch die Jahrhunderte hin das göttliche Werk fortzuführen, das der Erlöser begonnen hat, und ihm Erhabenheit und Gesetzeskraft zu geben. Der Papst macht diese besonderen Exerzitien dem römischen Klerus nicht direkt zur Pflicht, aber er ermahnt ihn dringend dazu.

Msgr. Carlo Maccari äußerte sich am 13. August nochmals über den Stand der Vorarbeiten für die Synode. Er gab diesmal mit ziemlicher Sicherheit an, daß die Synode vor Jahresende zusammentreten werde. Die Arbeit der Unterkommissionen war Mitte August abgeschlossen. Für den römischen Klerus waren sieben ausgedehnte Kurse geistlicher Exerzitien angekündigt worden (der „Osservatore Romano“ veröffentlichte das diesbezügliche Schreiben Kardinal Micaras am 22. August), die im September und Oktober abgehalten werden sollen.

Msgr. Maccari wies dann darauf hin, daß dies die erste römische Diözesansynode seit der Zeit vor dem Trientiner Konzil, nämlich seit 1461, sein werde. Er betonte auch nochmals einige andere Umstände, die diese Synode auszeichnen werde: sie betrifft die Mutterdiözese der Welt, und daher sind einige ihrer Amtsträger auch Amtsträger der Gesamtkirche; Rom ist der Sitz nicht nur der Kurie der Kirche, sondern auch der Leitungen der größten religiösen Orden; der Papst hat als Bischof von Rom den Beschluß gefaßt, die Synode einzuberufen, und hat an ihrer Vorbereitung aktiven Anteil genommen; der Papst hat die Synode ausdrücklich auf die Vorbereitung des Ökumenischen Konzils und die geplante Reform des Kanonischen Rechts bezogen (nach NCWC News Service, 17. 8. 59).

Aus Süd- und Westeuropa

Um ein katholisch-orthodoxes Theologentreffen in Venedig 1960

An der Tagung des Zentralaussschusses des Weltrats der Kirchen im August auf der Insel Rhodos (vgl. ds. Heft, S. 23) nahmen auch zwei katholische Theologen als Beobachter teil, und zwar: Christophe Dumont OP, Direktor des Studienzentrums „Istina“ in Paris

und Mitglied des Direktoriums der „Katholischen Konferenz für ökumenische Anlegenheiten“, einer 1952 gegründeten, von Rom ermutigten nicht-offiziellen Studiengemeinschaft katholischer Spezialisten verschiedener Länder für Kontakte mit dem Weltrat der Kirchen, sowie Msgr. T. G. Willebrands, Warmond, Sekretär dieser Konferenz. Ferner waren katholischerseits auf Rhodos anwesend: P. Maurice Villain, Autor verschiedener Werke über ökumenische Fragen; P. Strotmann OSB, Mönch von Chevetogne in Belgien und Mitarbeiter der Zeitschrift „Irénikon“, und P. Antoine Wenger, Professor für orientalische Theologie an den Katholischen Fakultäten von Lyon und Chefredakteur der französischen katholischen Tageszeitung „La Croix“.

Mißverständliche Pressemeldungen und Dementis

Die erste Nachricht über diese Zusammenkunft katholischer und orthodoxer Vertreter wurde durch eine Meldung der Agentur Reuter aus Rhodos vom 22. August verbreitet, die (nach „Le Monde“, 23./24. 8. 59) folgenden Wortlaut hatte:

„Die katholische Kirche und die östliche orthodoxe Kirche haben sich bereit erklärt, im folgenden Jahr eine Theologenkonzferenz abzuhalten, die die Aussichten der Wiedervereinigung der beiden Kirchen, die seit neun Jahrhunderten getrennt sind, untersuchen soll.

Diese Abmachung ist am Freitag getroffen worden, als die orthodoxen Prälaten, die an den Arbeiten der Zentralkommission des Weltrats der Kirchen teilnehmen, den Vorschlag Kardinal Tisserants, des Doyens des Heiligen Kollegiums, annahmen.

Der Vorschlag wurde anlässlich einer Geheimsitzung zwischen den Leitern der orthodoxen Kirche (inklusive einigen Vertretern des orthodoxen Patriarchats von Moskau) und zwei katholischen Kirchenmännern, die der Tagung als Korrespondenten katholischer Zeitungen beiwohnen, aber in Wahrheit Abgesandte des Vatikans sind, übermittelt.“

Diese Reuter-Meldung ist so voll von Unrichtigkeiten und Ungenauigkeiten, daß sie nur dementiert werden konnte. Die allgemeine Presse hat sowohl die Agenturmeldungen wie die darauf folgenden Dementis verbreitet, nicht aber die weiteren Klarstellungen. Wesen und Bedeutung dieser Begegnung orthodoxer und katholischer Persönlichkeiten sind daher in weiten Kreisen überhaupt nicht erfaßt worden. Die späteren Veröffentlichungen, zumal P. Wengers in „La Croix“ und ein ausführlicher Kommentar von Radio Vatikan, lassen jedoch keinen Zweifel mehr darüber offen. Wir stellen hier die Dokumentation über den gesamten Vorfall zusammen.

Auf die Reuter-Meldung folgten zunächst Dementis sowohl von orthodoxer wie von katholischer Seite.

Am 24. August wurde vor dem Zentralaussschuß des Weltrats der Kirchen — der sich über die Meldung von einer „Sonderkonferenz“ der Orthodoxen mit den katholischen Theologen am Rande seiner Tagung sehr verärgert gezeigt hatte — eine Erklärung verlesen, die der griechische Metropolit Jakovos von Philadelphia und ganz Amerika (früher Erzbischof von Malta und besonderer Vertrauter des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel) und Prof. Joannidis, einer der führenden Theologen der Universität Athen, abgaben:

„Wir sind über einige Mißverständnisse und grobe Übertreibungen sehr erstaunt, die in der Presse im Blick auf

ein freundliches Gespräch zwischen orthodoxen Mitgliedern des Zentralausschusses und zwei römisch-katholischen Gästen auf der Tagung des Ökumenischen Rates erschienen sind.

Der wahre Sachverhalt ist der, daß eine absolut informelle Kontaktaufnahme zwischen verschiedenen Persönlichkeiten ohne Auftrag oder Weisung stattgefunden hat — wie das auch bei anderen Gelegenheiten an verschiedenen Orten geschieht —, und zwar auf der Ebene informeller theologischer Kontakte.

Um jede falsche Auslegung unmöglich zu machen, möchten wir Orthodoxen ganz klar betonen, daß der Hauptpunkt unseres inoffiziellen Gesprächs eben diese Art von Kontaktaufnahme zwischen theologischen Fakultäten war. Ein Gespräch oder gar Verhandlungen über irgendwelche offiziellen Kontakte zwischen den beiden beteiligten Kirchen hat nicht stattgefunden. Jede andere Auslegung müssen wir energisch zurückweisen.“ (Diese Erklärung hat das Informationsblatt des Weltkirchenrats „World Council of Churches Information“ am 24. August veröffentlicht.) Einem Vertreter der „New York Times“ gegenüber erklärte Metropolit Jakovos gleichzeitig, eine Einladung auf hoher Ebene könne keinesfalls ernstlich in Betracht gezogen werden, bevor sie nicht im Namen Seiner Heiligkeit Papst Johannes XXIII. erginge. „Diesmal kann es sich nicht um ein Treffen zwischen Orthodoxen schlechthin und Katholiken schlechthin handeln, es ist nichts, was sich mit einer Synode oder einem Konzil vergleichen ließe; es wird sich auf einer ganz niederen Ebene, zwischen Theologen, abspielen“ (nach NCWC News Service, 24. 8. 59).

Auf der anderen Seite mußte sich Kardinal Tisserant sofort gegen die Rolle verwehren, die man ihm zugeschrieben hatte. Er gab am 24. August der französischen Presseagentur AFP die Erklärung ab (und ähnlich wurde seine Stellungnahme auch in der italienischen Presse, zumal in „Il Popolo“ und im „Corriere della Sera“ wiedergegeben), daß er „absolut nichts von einer solchen Tagung wisse“ — nämlich von einer Tagung offizieller Vertreter der beiden großen Kirchen —, daß er dagegen den Vorschlag P. Dumonts, der ein Treffen von Theologen im Auge habe, durchaus billige; denn, so fügte er hinzu, „das liegt auf der Linie der von Johannes XXIII. herausgestellten Prinzipien“. NCWC News Service meldete ebenfalls bereits am 24. August, daß sowohl das Heilige Offizium wie auch die Staatssekretarie einen „Auftrag“ an die beiden katholischen Priester dementierten (dies sind die beiden Stellen, die allein einen solchen im Namen der Kirche erteilen könnten). Auch P. Dumont stellte sogleich richtig, daß er als einfacher Beobachter in Rhodos sei. „Ich verfolge“, so sagte er, „seit dreißig Jahren ein ökumenisches Werk, und dieses Treffen mit den Leitern der orthodoxen Kirche hat nicht mehr zu bedeuten als jeder andere meiner Kontakte.“

Die ersten falschen Pressemeldungen und die darauf folgenden Dementis haben bei vielen Menschen, die sich mit den Fragen der Wiedervereinigung der Christen und zumal der Annäherung zwischen der katholischen und der orthodoxen Kirche befassen, einige Unruhe hervorgerufen. Die Teilnehmer an jenen Gesprächen orthodoxer Prälaten und katholischer Theologen auf Rhodos waren sich an jenem Abend darüber einig gewesen, daß sich ihre Arbeit am besten und fruchtbarsten im Verborgenen vollzöge, ohne Einmischung der Öffentlichkeit. Trotzdem gelang es den Presseagenturen irgendwie, an unzutreffende

Nachrichten zu gelangen. In einer Stellungnahme des Generalsekretariats des Weltrats der Kirchen (OePD vom 18. 9. 59) wird die Schuld daran den katholischen Gesprächsteilnehmern zugeschoben.

Bestätigung durch Radio Vatikan

Am 3. September hat Radio Vatikan eine Note „offiziösen Charakters“ bekanntgegeben, die bestätigt, daß im kommenden Jahr ein Treffen zwischen zehn katholischen und ebenso vielen orthodoxen Theologen in Venedig stattfinden wird. „Die Kirche“, so heißt es in dieser Note, „hat die Bemühungen unserer getrennten Brüder, die verlorene Einheit wiederzufinden, immer mit Interesse verfolgt, aber sie ist nicht Mitglied des Ökumenischen Rates, und die Anwesenheit gewisser katholischer Theologen bei der Tagung in Rhodos steht auf einer anderen Ebene. Sie sind alle Spezialisten des ökumenischen Problems, und ihre Arbeit auf diesem Gebiet wird vom Heiligen Stuhl ermutigt.“ Die Note erinnert dann an eine kürzlich abgegebene Erklärung Kardinal Tisserants, in der er sagte, es sei noch eine gewaltige Arbeit zu leisten, um alle Mißverständnisse und Vorurteile zu beseitigen, und fährt dann fort: „Man versteht, daß die katholische Kirche zwar ihre Spezialisten zu einem vertieften Meinungsaustausch mit den Vertretern der orthodoxen Kirche ermutigt, solchen Treffen aber keineswegs einen offiziellen Charakter gibt. Die Phase des Vortastens, in die sie gehören, ist wirksamer, und wenn sie günstig verlaufen, kann der Heilige Stuhl auf ein Terrain vorstoßen, das nunmehr bereits bekannt und vorbereitet ist.“

Radio Vatikan verkündete dann, daß „das sicherste Ergebnis der Gespräche von Rhodos die offizielle Organisation einer Konferenz von katholischen und orthodoxen Theologen in Venedig für das nächste Jahr ist, einer Konferenz, die die Gespräche zwischen der getrennten Kirche des Ostens und der von Rom auf einer breiteren und repräsentativeren Grundlage fortführen wird wie bisher“.

Der Bericht P. Wengers über die Gespräche auf Rhodos

P. Wenger hat am 5. September in „La Croix“ einen richtigstellenden Bericht über die Gespräche auf Rhodos zwischen den katholischen Theologen und den orthodoxen Prälaten veröffentlicht, da er selber unter den Teilnehmern dieser Gespräche war und daher den wirklichen Vorgang genau kennt.

Danach wurden die fünf katholischen Theologen, die bei der Tagung des Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen auf Rhodos zugegen waren, von den Vertretern der verschiedenen orthodoxen Kirchen — der griechischen, russischen, jugoslawischen, amerikanischen und anderer Kirchen — zu einem Essen eingeladen, an das sich freundschaftliche Gespräche anschlossen. Im Verlauf dieses Zusammenseins, so berichtet P. Wenger, legte P. Dumont seine Ansichten über eine Annäherung zwischen der griechischen und der katholischen Kirche dar. Der erste Schritt dazu muß, wie es auch Papst Johannes XXIII. empfohlen hat, eine bessere gegenseitige Kenntnis, ein besseres gegenseitiges Verständnis sein. Die Orthodoxen, die von jetzt an nach Paris kommen, werden nicht mehr nur die Sorbonne oder Montmartre besuchen, sondern auch Kontakt aufnehmen mit dem französischen Katholizismus, wo er am lebendigsten ist, in dieser oder jener

Pfarrre, dieser oder jener Gruppe der Katholischen Aktion; sie werden unsere liturgische Bewegung, unser sakramentales Leben, unser Gemeinschaftsleben kennenlernen wollen. Umgekehrt wird der französische Katholik, der seine Ferien in Griechenland zubringt, nicht mehr nur die Akropolis bewundern, sondern Berührung mit all dem suchen, was die Kirche von Griechenland ihm an Schönerem zu zeigen hat. „Das sind nur sehr allgemeine Methoden der Annäherung“, fügte P. Dumont hinzu. „Wenn wir mehr ins Konkrete gehen wollen, kämen Treffen von katholischen und orthodoxen Theologen in Frage, Treffen, die keinen gelehrten und rein theoretischen Kongreß darstellten, sondern eine brüderliche Diskussion über die Vorbedingungen der Wiedervereinigung, nach der sich so viele Seelen sehnen.“ „Wenn ich so deutlich spreche“, endete P. Dumont, „so glaube ich, daß ich die nötigen Autorisationen und lebhaften Ermutigungen besitze, um dies zu tun.“ Er bat dann alle um Diskretion, da dies dem Gelingen eines solchen Unternehmens diene. „Das Gute macht keinen Lärm, und der Lärm bewirkt nichts Gutes.“

Dieser Rat wurde, so schreibt P. Wenger weiter, leider nicht befolgt. Die auf Rhodos vertretenen Presseagenturen brachten bereits am folgenden Morgen Sensationsmeldungen, die viel Unruhe stifteten. Der Generalsekretär des Weltrats der Kirchen, Dr. Visser 't Hooft, erschien mit Recht sehr verstimmt über etwas, was als offizielle Versammlung von Orthodoxen und Katholiken im Rahmen einer Tagung der Zentralkommission des Weltrats der Kirchen dargestellt wurde, dem die katholische Kirche nicht angehört. In der oben zitierten, vom OePD am 18. 9. 59 veröffentlichten Stellungnahme des Generalsekretariats in Genf wird es als „bedauerlich“ bezeichnet, „daß die römischen Katholiken, die der Tagung des Zentralrats als Gäste beiwohnten, die verantwortlichen Leiter der Konferenz nicht über ihre Absichten informiert haben“.

P. Wenger berichtet dann von der beruhigenden Rolle, die von orthodoxer Seite der Metropolit Jakovos und von protestantischer Seite Pastor Boegner, der Leiter der Reformierten Kirche Frankreichs, gespielt haben. Wir haben den Text, den der Metropolit Jakovos zusammen mit Prof. Ioannidis verfaßt hat und der vor dem Zentralausschuß des Weltrats der Kirchen verlesen wurde, bereits wiedergegeben. Auch Pastor Boegners Richtigstellungen trugen viel dazu bei, das Mißverständnis auf protestantischer Seite zu beheben. Er gab gegenüber der AFP (Agence France Presse) die Erklärung ab, die Meldung ausländischer Presseagenturen habe sie alle aufs äußerste verblüfft. „Jedes Jahr“, fuhr er fort, „kommen in den verschiedensten Teilen der Welt katholische und orthodoxe Theologen zusammen, um gemeinsam ein theologisches Problem zu studieren, genauso wie das zwischen orthodoxen und protestantischen Theologen geschieht. Der Zweck des Treffens in Rhodos, das so viel Staub aufgewirbelt hat, war dazu bestimmt, eine solche Zusammenkunft für 1960 vorzubereiten... Niemals war die Rede von Vorschlägen, die den orthodoxen Vertretern im Namen des Vatikans gemacht worden wären...“

Jedoch klingt die (besonders auf P. Wengers Darstellung hin erfolgte) Stellungnahme des Generalsekretariats des Weltrats der Kirchen vom 18. 9. 59 keineswegs so beruhigend wie die Worte Pastor Boegners. Es heißt dort:

„1. Es ist nichts Ungewöhnliches an der Tatsache, daß römisch-katholische und orthodoxe Theologen miteinander theologische Gespräche führen wollen.“

2. Ungewöhnlich ist es allerdings, solche Gespräche dahingehend zu beschreiben, daß sie die ‚Bedingungen für die Wiedervereinigung‘ zum Thema haben werden, und daß der offiziellen ‚Bevollmächtigung‘ zu solchen Gesprächen besonderer Nachdruck verliehen wird. Nach einer Mitteilung von Radio Vatikan vom 3. September — einer Sendung, der Pater Wenger ‚offiziösen‘ Charakter beimißt — wird das Ergebnis der orthodox-katholischen Zusammenkunft von Rhodos die Organisation eines offiziellen Treffens römisch-katholischer und orthodoxer Spezialisten sein sowie die ‚Wiederaufnahme von Gesprächen zwischen der Kirche des Ostens und Rom auf einer breiteren und repräsentativeren Basis, als dies in der Vergangenheit bisher der Fall gewesen ist‘...“

5. Die sich widersprechenden Mitteilungen in der römisch-katholischen Presse und dem römisch-katholischen Rundfunk über den Inhalt und die Bedeutung der Vorschläge, die die römischen Katholiken in Rhodos unterbreitet haben, sind weit davon entfernt, das bereits entstandene ‚Unbehagen‘ zu zerstreuen, und tragen nur noch zu der Verwirrung bei, was durchaus nicht im Interesse der christlichen Einheit sein kann.“

Der derzeitige Vertreter des Ökumenischen Patriarchen beim Weltrat, Archimandrit Emile Timiadis, gab im Auftrag des Patriarchen eine (in der gleichen Nummer des OePD veröffentlichte) Erklärung ab, die dessen Solidarität mit dem Weltrat hervorhebt:

„Obwohl klar und deutlich gesagt worden ist, daß das Treffen zwischen den orthodoxen Delegierten und den römisch-katholischen Beobachtern in Rhodos völlig informellen und freundschaftlichen Charakter trug, wird dennoch durch weitere Kommentare in der Presse und durch Radio Vatikan die Bedeutung dieser Zusammenkunft übertrieben.“

Das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel möchte darum noch einmal ausdrücklich betonen, um den wahren Sachverhalt ganz klarzumachen, daß es keine formellen Gespräche irgendwelcher Art in Erwägung zieht. Das Ökumenische Patriarchat steht nach wie vor hinter dem Ökumenischen Rat der Kirchen und bedauert den unglücklichen Eindruck, als ob es auf die eine oder andere Weise seine Beziehungen zum Ökumenischen Rat der Kirchen zu schwächen versuche.

Mehr denn jemals zuvor hegt das Patriarchat den aufrichtigen Wunsch, an der Wiederherstellung der Einheit der Kirche und des gemeinsamen Glaubens mitzuarbeiten.“

Kardinal Tisserant seinerseits hat sich zu der Ankündigung der Konferenz von Venedig durch den Vatikanseher sehr zustimmend geäußert. Er erklärte: „Es ist von größter Bedeutung für uns und für die Orthodoxen, daß wir uns besser kennenlernen, und das kann nur durch häufige Zusammenkünfte und Treffen geschehen, die gewisse Kontaktpunkte herausstellen können, und auch daß wir eine praktische Zusammenarbeit beginnen, um dadurch den Gottesgedanken besser in der Welt des gottlosen kommunistischen oder nichtkommunistischen Materialismus zu verbreiten. Ziel all dieser früheren und künftigen Zusammenkünfte muß es sein, das zu suchen, was uns eint, und nicht das, was uns trennt“ („Le Monde“, 6./7. 9. 59).

P. Wenger hat in „La Croix“ (8. 9. 59) auch das Interview wiedergegeben, das Kardinal Tisserant der Athener Tageszeitung „Akropolis“ über das Problem der Wiedervereinigung der Kirchen gewährt hat. „Akropolis“ hat eine große Enquete über das Thema der Wiedervereinigung durchgeführt und mit deren Veröffentlichung am 14. Juni begonnen. Diese Tatsache als solche ist schon sehr beachtenswert. Wenn ein großes volkstümliches Blatt in Athen eine Artikelserie über die Frage der Einheit der Kirche veröffentlichen kann, ist das ein Zeichen dafür, daß das Interesse an der Wiedervereinigung bei den griechischen Lesern, „unsern orthodoxen Brüdern von Griechenland“, wie P. Wenger sagt, weit verbreitet ist (99% aller Griechen sind orthodox). Der Redakteur der „Akropolis“ hat eine Reihe auch uns bekannter Männer zu dieser Frage interviewt: als erste zwei Professoren der Theologischen Fakultät in Athen, Prof. Konidaris und Prof. Alivisatos, und zwei orthodoxe Bischöfe, die Bischöfe von Samos und von Volos; dann den Patriarchen Christophor von Alexandrien. Ein kurzes Telegramm hat er vom Metropoliten Jakovos von Philadelphia erhalten, ein längeres Interview vom katholischen (lateinischen) Erzbischof von Tinos und Naxos, Msgr. Philipucci. Weiter tauchen in der Serie die Namen der Patres Salaville und Nowak auf, beide Assumptionisten in Athen; es folgt Msgr. Gad, der kürzlich neu ernannte Apostolische Exarch für die Unierten Griechen des byzantinischen Ritus, dann der orthodoxe Bischof von Mytilene. Alle diese Interviews sind im Juni in der „Akropolis“ veröffentlicht worden. Später folgten andere Interviews in lockerer Folge, darunter eines von dem Leiter des Instituts für orthodoxe Theologie St. Serge in Paris, eines vom Primas der anglikanischen Kirche, schließlich, am 23. August, wurde das Interview mit Kardinal Tisserant veröffentlicht.

Die erste Frage, die an den Kardinal gerichtet wurde, betraf eben diese Enquete selber. Der Kardinal begrüßt sie lebhaft: „Was mich persönlich angeht, so segne ich alle Initiativen dieser Art von ganzem Herzen, besonders wenn sie dazu beitragen, Mißverständnisse zu beseitigen und einen Geist des Friedens und der Liebe zwischen den christlichen Brüdern zu schaffen.“ Man fragte ihn dann, ob er wisse, daß in Athen private Begegnungen zwischen katholischen und orthodoxen Theologen stattgefunden haben, bei denen über nichtdogmatische Fragen und Kontaktmöglichkeiten gesprochen wurde. Kardinal Tisserant wußte davon und beglückwünschte die Anreger dieser Treffen, „denn das beste Mittel, Mißverständnisse zwischen der einen und der anderen Kirche zu beseitigen, besteht im persönlichen Kontakt. Die Kirche verurteilt Dispute und Polemiken, und wer daran arbeitet, Liebe und Frieden wiederherzustellen, wird von Gott und von der Kirche gesegnet werden.“ Man fragte ihn dann, ob er eine baldige Wiedervereinigung für möglich hielte. Er antwortete: „Jahrhunderte sind seit dem Beginn des Schismas vergangen; Unwissenheit und Fanatismus haben dazu beigetragen, daß sich viele Mißverständnisse und Vorurteile der einen Kirche gegenüber der andern tief eingewurzelt haben. Die Politik hat dann ihrerseits weiter eine sehr böse Rolle gespielt, nämlich die der Isolierung und Trennung. Um die Vorurteile auszurotten und die Mißverständnisse zu beenden, ist eine große mühevollte Arbeit nötig.“ Und wie stelle sich der Kardinal diese Arbeit vor?

„Durch Treffen und brüderliche Kontakte, durch Zusammenarbeit auf sozialem und philanthropischem Gebiet, durch Meinungs austausch und Diskussionen über nichtdogmatische Fragen. Die gegenseitige Kenntnis wird zur Zuneigung führen.“

Der Kardinal wurde dann nach den seiner Meinung nach schwerwiegendsten Mißverständnissen gefragt. „Auf seiten des Osten ist es“, sagte er, „das Vorurteil, zu glauben, daß die katholische Kirche den Osten unterjochen und auslöschen will. Die katholische Kirche wünscht aber ganz im Gegenteil die Erhaltung all der alten Privilegien, Sitten und Gebräuche der orientalischen Kirchen, unter der einzigen Bedingung, daß sie den Dogmen nicht widersprechen. Darum hat sie die Kongregation für die Orientalische Kirche, die ich leite, und viele andere orientalische Institute und Kollegien gegründet. Die liturgischen Überlieferungen aller Riten werden von der katholischen Kirche mit Eifer gehütet, und Roms Tätigkeit bestätigt, was ich hier sage.“ Auf die Frage, was der Kardinal bei den Orthodoxen am meisten bewundere, sagte er, die Verehrung der Allerseligsten Jungfrau. Von ihr erhoffe er daher auch die stärkste Hilfe und die größten Gnaden zu dem Werk der allmählichen Wiederannäherung und schließlichen Wiedervereinigung der Kirchen des Westens und des Ostens.

Adoptionen italienischer Kinder in die USA

In letzter Zeit gingen durch die internationale Presse Meldungen von einem Export italienischer Kinder in die Vereinigten Staaten. Es wurde von einem blühenden Babyhandel gesprochen und sogar ein Preis von 100 000 Lire genannt, den amerikanische Vermittler bezahlen, wenn italienische Mütter oder Vormünder ein Kind hergeben. In einem Jahr sollen etwa 300 italienische Kinder auf diese Weise „verkauft“ worden sein.

Die Berichte knüpften vor allem an zwei Einzelfälle an. In einem Fall hatte eine Mutter von sechs Kindern, die sehr arm in Neapel lebt, gegen einen Betrag von 200 000 Lire in die Adoption von zweien dieser Kinder durch amerikanische Eltern eingewilligt. Die Adoption war durch einen amerikanischen Rechtsanwalt italienischer Abstammung vermittelt worden. Bei der Abreise der Kinder auf dem Flughafen Ciampino ergaben sich Paßschwierigkeiten. Die Mutter erlitt einen Zusammenbruch und nahm die Kinder wieder mit. Die Sekretärin des Anwalts verlangte die Rückgabe des empfangenen Geldes.

In einem andern Fall war der Hilfsdienst der National Catholic Welfare Conference beteiligt, der neben dem Internationalen Roten Kreuz von der italienischen Regierung ausschließlich autorisiert ist, Adoptionen nach den Vereinigten Staaten zu vermitteln. Eine Mutter hatte dreimal dringend gebeten, ihrem Kinde eine Adoption zu verschaffen, und dreimal weigerte sich das Kind, ins Flugzeug zu steigen und sich von seiner Mutter zu trennen. Jedesmal wurde dem Willen des Kindes Rechnung getragen.

Da die Bekanntgabe solcher Fälle und die Existenz einer organisierten Vermittlung von Adoptionen die öffentliche Meinung Italiens, dessen Bewohner für ihren Familiensinn bekannt sind, erregt hat, so daß die Wellen der Erregung bis ins Parlament fluteten, und da eine katholische Wohlfahrtsorganisation in die Angelegenheit hinein-

gezogen wurde, hat die Herder-Korrespondenz die Catholic Relief Services der NCWC um eine Stellungnahme gebeten.

Die Erklärung der NCWC

Der Beauftragte des Hilfsdienstes der NCWC in Italien hat zur Sache und zu den zwei genannten Fällen erklärt:

Der im ersten Falle genannte Rechtsanwalt steht in keinerlei Verbindung mit dem Hilfsdienst, und dieser hat mit dem Fall nichts zu tun.

Im Falle der zehnjährigen Giuseppina Gentile, dem die Linkspresse weite Publizität gegeben hat, war der katholische Hilfsdienst auf dringende und begründete Bitten der Mutter tätig geworden. Die kleine Josepha war unterrichtet und befragt worden und hatte jedesmal zugestimmt, dann aber im letzten Augenblick ihre Zustimmung widerrufen. Jedesmal wurde dem Widerruf Rechnung getragen. Übrigens sollte das Kind nicht zu fremden Leuten, sondern zur Schwester ihrer Mutter reisen.

In der Stellungnahme heißt es dann: Es wäre zu bedauern, wenn durch einen solchen Zwischenfall das nützliche und erfolgreiche Werk des Hilfsdienstes diskreditiert würde.

Der Vermittlungsdienst für Adoptionen des Hilfswerks der NCWC ist seit 1951 in Italien tätig. Damals erließen die Vereinigten Staaten ein Gesetz, das nicht zuletzt aus caritativer Absicht die Adoption ausländischer Kinder erleichterte. In den letzten zwei Jahren hat der katholische Hilfsdienst 500 Adoptionen vermittelt. Hundert Kinder kamen zu Verwandten. 85% der Kinder wurden von überzeugt katholischen Familien italienischer Herkunft adoptiert. Das amerikanische Hilfswerk prüft die Verhältnisse sowohl der Adoptiveltern als auch der Kinder auf das sorgfältigste. In beiden Fällen beläuft sich der Prozentsatz der Bewerber, die angenommen werden, auf etwa ein Drittel. Das Hilfswerk bevorzugt vor allem solche Kinder, die in Italien selbst schwer untergebracht werden können.

Immer muß die Initiative zur Adoption von den Eltern bzw. dem verantwortlichen Elternteil ausgehen. In keinem Falle wird eine finanzielle Entschädigung gezahlt. Wenn die Kinder in Amerika in einer Familie untergebracht sind, bleiben sie unter der Kontrolle der NCWC zunächst auf Probe dort. Die Probezeit dauert ein halbes bis ein ganzes Jahr. Erst dann werden endgültige Entscheidungen getroffen. Die Adoptionseltern haben die Hälfte oder zwei Drittel der Adoptions- und Reisekosten zu tragen. Sowohl das Hilfswerk wie auch die italienische Regierung bemühen sich, ausschließlich den Interessen der Kinder zu dienen. Das amerikanische Hilfswerk arbeitet außerdem auch in dieser Sache mit dem Päpstlichen Hilfswerk zusammen.

Es ist demnach nicht gerechtfertigt, ein wichtiges caritatives Werk durch sensationelle und Tatsachen entstellende Meldungen in Verruf zu bringen. Einem Kinde, das entweder keine Eltern mehr hat oder dessen familiäre Verhältnisse zerrüttet sind — denn Kinder aus normalen Familien kommen für diese Adoptionen nicht in Frage —, eine Heimat in der Familie zu bieten, ist ein Liebeswerk von hohem Rang. Sein Wert wird auch nicht dadurch beeinträchtigt, daß es ausländische Familien sind, die sich dazu bereit erklären. Der einzige Grund zur Erregung könnte darin gefunden werden, daß Adoptionen in der

Absicht vorgenommen werden, das Adoptivkind auszubeuten, wie das in europäischen Ländern den Ziehkindern und Pflegekindern nicht selten widerfahren ist. Das zu verhindern betrachtet der amerikanische Hilfsdienst als seine vornehmste Pflicht.

Eine andere Frage, die auch durch die Stellungnahme des NCWC-Relief Service nicht beantwortet wird, betrifft die privaten oder durch private Mittelspersonen arrangierten Adoptionen ins Ausland. Die „Neue Zürcher Zeitung“ (17. 8. 59) fragt unter Anspielung auf den oben erwähnten Fall des amerikanischen Rechtsanwalts, wie die italienischen Behörden hier ihre Pflicht erfüllt haben. Es könnte sein, daß im Schatten caritativer Bestrebungen dunkle Geschäfte gemacht werden. Diese Möglichkeit muß zur Aufmerksamkeit anspornen, darf aber nicht eine gute Sache generell verdächtigen oder gar unterbinden.

Um die „Staatssicherheit“ in Spanien

Selbst in seiner republikanischen und nach außen hin demokratischen Periode war Spanien ein Polizeistaat, dessen

Methoden in der Unterdrückung politischer Opposition ein Hohn auf rechtsstaatliche Begriffe waren. „Dies gilt besonders für die unteren Klassen der Bevölkerung, die als Menschen ohne Beziehungen und ohne Einfluß zu allen Zeiten, gleichviel um welche Regierung es sich handelte, der Härte der Polizei schutzlos ausgesetzt waren, wenn sie sich gegen die bestehende Ordnung auflehnten“ (Neue Zürcher Zeitung, 14. 6. 59).

General Franco hat also mit seinen Polizeimethoden nichts Neues eingeführt; er hat sie lediglich technisch vervollkommen und systematisch gegen seine Gegner gerichtet. Die Zeit der „Säuberung“ (depuración), der Tausende von Führern und Anhängern der Volksfront-Republik zum Opfer fielen, ist ein wenig rühmlicher Abschnitt der spanischen Innenpolitik; er dauerte bis in die Fünfzigerjahre. Der größte Teil der damals Verfolgten und Verurteilten ist nach Ablauf der Strafzeit oder durch Amnestien inzwischen entlassen und wieder in das bürgerliche Leben eingegliedert worden; nur noch ganz wenige, die ihre oppositionelle Tätigkeit auch im Gefängnis nicht einstellten, sind in Haft geblieben. Die Zahl dieser und anderer politischer Gefangener ist natürlich nicht festzustellen. Nach offizieller Mitteilung der spanischen Regierung gibt es „keinen einzigen politischen Gefangenen“, sondern lediglich 768 inhaftierte Personen, die wegen Vergehen gegen die innere und äußere *Staatssicherheit* verurteilt sind, sowie 91 Personen, die solcher Vergehen angeklagt sind und erst ihren Prozeß erwarten. Die meisten könnten einer bezahlten Arbeit nachgehen, wobei zwei Arbeitstage für einen Tag Haft gelten (Botschafter Lequerica im Mai 1957 vor dem UN-Sozialausschuß, von entlassenen Gefangenen bestätigt). Nach neuester offizieller Verlautbarung (Juni 1959) beläuft sich die Zahl der aus solchen Gründen inhaftierten Personen jetzt auf 1201 gegenüber 15 830 im letzten Jahr der Republik 1936.

Ein neues scharfes Polizeigesetz

Franco sitzt lange und fest genug im Sattel und wurde durch den Zwang der Verhältnisse auf wirtschaftlichem Gebiet zur Liberalisierung gezwungen (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 554), so daß man meinen sollte,

er würde auch auf politischem Gebiet die Zügel lockern. Genau das Gegenteil ist leider der Fall. Gleichzeitig mit dem wirtschaftlichen Sanierungsprogramm wurde vom Kabinett ein neues und keineswegs abgemildertes „Gesetz über die öffentliche Sicherheit“ (Ley de Orden Público) verabschiedet. Es löst das aus der Republik stammende und formell noch immer gültige Polizeigesetz von 1933 ab, das allerdings durch Ausführungsverordnungen auch bisher schon allen autoritären Bedürfnissen genügte.

Das neue Gesetz, das diese zahlreichen Einzelverordnungen zusammenfassen und ersetzen soll, gibt der Polizei außerordentliche Befugnisse; sie kann schon bei versuchten Störungen der öffentlichen Ordnung und bei Ungehorsam Verhaftungen vornehmen und in gewissen Fällen auch ohne gerichtliche Verfügung Hausdurchsuchungen durchführen. Als Anschlag gegen die öffentliche Ordnung gelten nicht nur Meutereien, bewaffnete Übergriffe oder Tumulte, sondern auch Streiks, eigenmächtige Betriebs-schließungen, nichtangemeldete Versammlungen und jeder Akt des Ungehorsams gegenüber staatlichen Organen. Das Gesetz richtet sich zugleich gegen die jugendlichen Rowdies („gamberros“ = Halbstarke), die auch in Spanien zu einem Begriff und einem Problem geworden sind; doch kann kein Zweifel bestehen, daß das Gesetz vorwiegend *politischen* Charakter hat.

Bei umfangreicheren öffentlichen Störungen verhängt das Kabinett den Ausnahmezustand, wobei der Innenminister den unmittelbaren Befehl über alle Polizeistreitkräfte übernimmt und automatisch „Dringlichkeitsgerichte“ zur summarischen Aburteilung aller Ruhestörer zusammen-treten. Es gelten dann Reisebeschränkungen, ein grundsätzliches Versammlungsverbot sowie ein Ausgangs- und Verkehrsverbot für bestimmte Tages- und Nachtzeiten. Sind die zivilen Behörden nicht mehr imstande, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, so wird der Kriegszustand erklärt, und die Armee tritt an die Seite der Polizei. Es mußte wie ein Hohn wirken, daß Innenminister General Alonso Vega dieses Gesetz vor dem Parlament die „Magna Charta des sozialen Zusammenlebens“ nannte.

Die innenpolitische Lage

Man fragt sich, warum überhaupt und warum gerade jetzt hier derart scharf vorgegangen wird. Die öffentliche Meinung ist unzufrieden wie eh und je, aber keineswegs revolutionär gestimmt. Ein konkreter Anlaß liegt also nicht vor. Im Gegenteil, der für den 18. Juni 1959 aus-gerufene und wochenlang mit ungeheurem Aufwand in Spanien selbst wie vom Ausland her propagierte kommunistische Generalstreik ist jämmerlich zusammen- bzw. gar nicht erst ausgebrochen. (Die Regierung hat in ihrem Triumph darüber sehr zurückgehalten, weil damit ihr Argument von der großen kommunistischen Gefahr widerlegt ist, die angeblich die einzige Opposition in Spanien darstellt.)

Die Gleichzeitigkeit von Wirtschaftsreform und Polizeigesetz ist aber ganz gewiß kein Zufall. Franco will damit wohl seinen Landsleuten bedeuten, daß die Beseitigung der wirtschaftlichen Barrikaden keineswegs ein gleiches für die politischen Freiheiten bedeuten soll. Vielleicht erwartet er auch eine wachsende soziale Unzufriedenheit im Gefolge der mit der Wirtschaftsreform verbundenen Einschränkungen und Verteuerungen.

Spaniens Grenzen sind in mehr als nur touristischer Hin-

sicht immer offener geworden. Auch in Spanien hält das moderne Industriezeitalter mit allen seinen Freiheiten wie Mißständen Einzug und ist nicht mehr aufzuhalten. Francisco Franco weiß wohl selbst am besten, daß er auf einem Pulverfaß sitzt, das nur deshalb noch nicht in die Luft geflogen ist, weil seine Gegner uneins sind.

Neue Verhaftungen

Im Frühsommer 1959 fanden neue Verhaftungen an den Universitäten von Madrid, Barcelona, Valencia und Salamanca statt, und zwar von Studenten, die oppositionellen studentischen Gruppen (auch katholischen Gruppen) angehörten. In San Sebastián wurden der Direktor der Psychiatrischen Klinik und ein Mathematikprofessor verhaftet. Unter den verhafteten katholischen Oppositionellen befinden sich Botschaftsrat J. Cerón Ayuso vom Außenministerium in Madrid und Chefredakteur Luciano Rincón, Bilbao.

Die Zahl der Verhaftungen im Zusammenhang mit dem Streikversuch vom 18. Juni soll 250 bis 400 betragen haben. Verhandelt wurde bisher nur (am 3. August) gegen neun Angeklagte, in der Mehrzahl Studenten (unter ihnen ein 19jähriges Mädchen). Die Anklage stützte sich auf das aus dem Jahr 1943 stammende Ausnahmegesetz über „militärische Rebellion“: den Angeklagten wurde vorgeworfen, Flugblätter mit Streikaufrufen für den 18. Juni verteilt zu haben. Sie erhielten Strafen zwischen sechs Monaten und drei Jahren Gefängnis.

Das Strafsystem

Als besonders hart und ungerecht wird in all diesen Fällen empfunden, daß der Tatbestand politischer Opposition grundsätzlich nicht der ordentlichen Jurisdiktion, sondern Militärgerichten untersteht (auch dies ist keine Erfindung von Franco, sondern spanische Tradition). Gegen diese Militärgerichtsurteile gibt es keine Berufung, sondern nur Gnadenanträge an den Militärbefehlshaber der Provinz (Capitán General), der das Urteil bestätigen muß. Sowohl das Militärjustizsystem wie das Gesetz von 1943 über „militärische Rebellion“ sind im neuen Polizeigesetz ausdrücklich bestätigt.

Bei der Beurteilung des spanischen Justiz- und Strafsystems muß man scharf zwischen der Untersuchungshaft und der Strafhaft unterscheiden. Die Unterbringung und Verpflegung in den Polizeigefängnissen ist außerordentlich schlecht, die Behandlung oft brutal. Das spanische Strafgefängniswesen gilt dagegen mit Recht als eines der humansten der Welt. „Spanische Strafgefangene, die sich auch im Ausland gemeiner Verbrechen schuldig gemacht hatten, erklärten mit aller Freimütigkeit, daß sie nie mehr in einem mitteleuropäischen Land eine Strafe verbüßen möchten, während sie sich in Spanien lobend über die Behandlung aussprachen“ (Neue Zürcher Zeitung, a. a. O.). Die Freiheiten gehen bisweilen so weit, daß politische Gegner vom Gefängnis aus weiterhin ihre Oppositionsgruppen dirigieren konnten.

Die Zeit zwischen Verhaftung und Urteil dauert allerdings oft Jahre. Mitte Mai 1959 fand vor einem zivilen Gericht in Barcelona ein Prozeß wegen „subversiver gewerkschaftlicher Tätigkeit“ im Jahr 1944 statt. Die noch lebenden sieben (von dreißig) Angeklagten waren in den 15 Jahren zeitweilig in bedingte Freiheit entlassen worden und wurden jetzt zum größten Teil freigesprochen. Auch solche Verzögerungen sind in der Konkurrenz

zwischen Militär- und Ziviljustiz begründet, wobei es Jahre dauern kann, bis das Militärtribunal die Zuständigkeit ablehnt und den Fall an ein ziviles Gericht überweist.

Eine Bittschrift

Bereits im vergangenen Jahr haben wir von einer Bittschrift an den Armeeminister berichtet, mit der fünfzig angesehene spanische Priester zugunsten der damals verhafteten Studenten intervenierten (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 500f.). Wie jetzt bekannt geworden ist, sind auch im Sommer 1959 kirchliche Kreise bei den für die Verhaftungen zuständigen Behörden vorstellig geworden, unter ihnen der Bischof von Barcelona, Erzbischof Dr. Modrego Casaus. Eine neue Denkschrift wurde im Mai an den Justizminister gerichtet. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Sehr verehrter Herr Justizminister!

Die Unterzeichneten wenden sich an Euer Exzellenz, um ihre Ansicht in einer Frage darzulegen, die ihnen von außerordentlicher Tragweite scheint.

Das Problem ihres inneren Zusammenlebens ist für die Spanier noch ungelöst. Noch sind nicht ausreichend die Fundamente gelegt, um allen die Teilnahme am spanischen Leben zu gestatten. Wie der Leitartikel der ‚Ecclesia‘ vom 4. April aufzeigte, sind noch unverheilte Risse in der spanischen Seele. Einen der tiefsten bilden jene Landsleute, die sich in den Gefängnissen oder im Exil befinden und dadurch verhindert sind, mit uns an den Aufgaben mitzuarbeiten, die das Leben unseres Landes stellt.

Wir glauben jedoch, daß nichts mehr diese schmerzliche Tatsache rechtfertigt. Es ist die Zeit gekommen, daß die letzten blutenden Wunden gestillt werden. Die Hindernisse, die die Versöhnung aller Spanier verhindern, müssen aus dem Weg geräumt werden. Wir glauben, daß ein äußerst notwendiger und wirksamer Schritt auf diesem Weg die Generalamnestie für alle politischen Gefangenen und Exilierten wäre.

Deshalb bitten wir Euer Exzellenz, sie möge unser Anliegen gütigerweise dem Ministerrat übermitteln und eine Amnestie erreichen, die die volle Eingliederung aller Spanier in das nationale Leben gestattet.

Wir zweifeln nicht, daß Euer Exzellenz unsere Gefühle verstehen und unserem Anliegen Beachtung schenken wird.“

Die Bittschrift trägt die Unterschriften der führenden Vertreter des spanischen Geisteslebens, unter ihnen mehrere Priester und an der Spitze der 90jährige Nestor und Akademiepräsident Ramón Menéndez Pidal. An 5. Stelle hat der Provinzial der Augustiner, Félix García OSA, unterzeichnet, an 7. Pater Federico Sopena, der führende spanische Musikwissenschaftler und Rektor der Universitätskirche Madrid; weiter folgen der Dekan der Juristischen Fakultät in Madrid, Pater Eloy Montero, und der bekannte Benediktiner J. Pérez de Urbel, der im Frühjahr die Leitung der neugegründeten Abtei und die Seelsorge in der Basilika der von Franco errichteten monumentalen Gedächtnisstätte „Tal der Gefallenen“ (Valle de los Caídos) übernommen hat. Insgesamt wurde das Memorandum von 300 bis 400 Personen unterzeichnet.

Justizminister Antonio Iturmendi dementierte im Juni, daß ihm die Bittschrift (deren Tatsache er nicht abstritt) jemals zugestellt worden sei; auch Abt Pérez de Urbel habe nicht zu den Unterzeichnern gehört. Das Dementi

wurde durch die französische Nachrichtenagentur AFP veröffentlicht.

Die Spanier erfahren von diesen Dingen nichts

Die Nachricht von dieser Denkschrift wurde in Deutschland einzig durch KNA (nach NCWC News Service) verbreitet. Sie gelangte nirgends in die Tagespresse. Daß ein Monopol-Korrespondent wie Enrique Barth („Süddeutsche Zeitung“) alias H. F. Barth („Deutsche Zeitung“, „Tagesspiegel“, „Sonntagsblatt“, „Christ und Welt“ u. a.) alias Gottfried Grosse („Die Welt“) bei der Vielzahl der zu schreibenden Beiträge keine Zeit findet, sich Hintergrundinformationen zu beschaffen, ist noch begreiflich. Wesentlich bedenklicher ist es, wenn ein so gut informiertes Blatt wie die „Neue Zürcher Zeitung“ in einem sonst vorzüglichen Überblick über die politischen Gefangenen in Spanien (a. a. O.) nichts von den kirchlichen Interventionen weiß, sondern die ausschließliche Initiative für die politischen Gefangenen den Kommunisten zuspricht.

Vollends die Spanier wissen von allen diesen Dingen nichts. Es gibt nicht einmal „eingeweihte Kreise“; selbst Leute in führenden Positionen erfahren meist nicht, was sich an anderer Stelle hinter den Kulissen ereignet. Die spanische Presse unterrichtet gut über das Ausland, über Ministerreden, über Kultur und Sport; über die eigentliche Innenpolitik und Sozialpolitik aber erfährt niemand etwas. Gewiß, jeder kann privat ungeniert über Franco schimpfen, wie er nur will; aber das ist ein billiges und nutzloses Ventil, wenn man die tatsächlichen Verhältnisse vorher gar nicht erfährt. Die Freiheit der privaten Meinung ist nur eine Illusion, wenn die öffentliche Meinung geknebelt ist.

Hier kann man ermesen, daß die Unterdrückung der Informations- und Meinungsfreiheit wohl die schlimmste aller Maßnahmen eines totalitären Staates ist. Nicht umsonst unternimmt die spanische Kirche seit Jahren immer wieder Vorstöße um die Wiederherstellung der Pressefreiheit (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 251 und 252; 11. Jhg., S. 78; 12. Jhg., S. 209). Zuletzt war es im Mai 1959 ein Leitartikel der offiziellen Wochenzeitschrift „Ecclesia“, der endlich die Beseitigung der Ausnahmegesetzgebung von 1938 auf dem Pressesektor forderte.

Ein neuer kirchlicher Rundfunksender in Spanien

Wir haben im vergangenen Jahr vom Aufbau des kirchlichen Senders „Radio Vida“ in Sevilla berichtet (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 326f.). Inzwischen hat der Erzbischof von Pamplona und Vorsitzende der spanischen Bischofskommission für Film, Funk und Fernsehen, Enrique Delgado Gómez, am 4. August 1959 in Pamplona-Villava die neue kirchliche Rundfunkstation „Radio Popular de Pamplona“ eröffnet, die von den Dominikanern und einer auf die Technik spezialisierten Brüderkongregation der Dominikaner aufgebaut und übernommen wurde. Es handelt sich um ein neues Glied in der Senderkette „España Ondas Populares“ (EOP), die sich nach dem vollständigen Ausbau über alle Diözesen erstrecken wird. Erzbischof Delgado erklärte bei der Einweihung: „Ist es denn angesichts der großartigen Kommunikationsmittel, deren sich der Mensch heute bedient, verwunderlich, wenn die Kirche die Verpflichtung empfindet, diese

selbst in Gebrauch zu nehmen und damit das Gebot besser zu erfüllen: Gehet hin und predigt allen Völkern.“ Auf der im August eröffneten Genfer Konferenz zur internationalen Neuverteilung der Wellenlängen wird die kirchliche Rundfunkarbeit in Spanien durch einen eigenen Delegierten (P. Fierro OP) vertreten sein und ihre Ansprüche anmelden.

Pressetagung der MIJARC in Canfranc Für die Zeit vom 9. bis 11. August 1959 hatte die Zentralführung der MIJARC (Mouvement International de la Jeunesse Agricole et Rurale Catholique) ca. 40 Redakteure der internationalen Katholischen Landjugendpresse zusammengerufen. Die Tagung, an deren Teilnahme von den (europäischen) Nationalbewegungen lediglich der italienische Verband verhindert war, fand in den spanischen Pyrenäen, in Canfranc, statt. Die Aufgabe, die sich diese Arbeitstagung gestellt hatte, bestand in erster Linie darin, Leitlinien für eine publizistische wirksame Vorbereitung des Ersten Weltkongresses der katholischen Land- und Bauernjugendbewegung, der im kommenden Sommer in Lourdes stattfinden wird, zu erarbeiten. Das Thema des Weltkongresses wird lauten: Der Hunger in der Welt.

Die Einführung in dieses weitgefaßte Thema gab Werner Pank, Freiburg i. Br. Es kann nicht Aufgabe dieses Berichtes sein, die Ausführungen des Referenten hier im einzelnen wiederzugeben. (Die von ihm gemachten empirischen Angaben sind alle zu finden in: Werner Pank, Der Hunger in der Welt, Herder-Bücherei Bd. 38.) Pank ging es vor allem um zweierlei. Einmal versuchte er seinen Hörern die Komplexität des Themas deutlich zu machen, indem er seinen Bericht auf die vielfältigen Ursache-Folge-Reihen, in deren Zusammenhang der Hunger nur ein Symptom ist, abstellte (daher lautete das Thema seines Vortrages auch: „Warum hungern die Völker heute?“). Zum anderen versuchte er, die Wirklichkeit des leiblichen Hungers (in seinen mannigfachen Formen) immer als Ausgangspunkt der verschiedenen Kausalreihen (wirtschaftlicher, kultureller, sozialer wie auch historischer und zeitgeschichtlicher Art) im Auge zu behalten (wobei dieser empirisch-analytische Weg selbstverständlich die moralische Frage nicht ausschloß, sondern im Gegenteil immer auf sie hinführte), um einer möglichen einseitigen Spiritualisierung der internationalen sozialen Frage entgegenzuarbeiten.

Daß eine solche Befürchtung nicht grundlos war, zeigte sich sehr bald in der lebhaften Diskussion, in der sich ein fast diametral anderes Verständnis des Kongreßthemas von Lourdes unter den Teilnehmergruppen herauschälte. Während der mittel- und westeuropäische Block, die „germanische“ Sprachgruppe, unter Führung der (flämischen) Zentraleitung die Verpflichtung der MIJARC auch für die „technische“ Seite des internationalen Hungers — in dem ihr angemessenen Rahmen — anerkannte und propagierte, interpretierten die iberischen Vertreter das internationale Hungerproblem, wenn nicht ausschließlich, so doch vorrangig als ein geistlich-pastorales Problem, wobei von ihnen Hunger vor allem als Hunger nach Gott, Liebe, Gerechtigkeit verstanden und damit seines sozialen Charakters weitgehend entkleidet wurde. Abgesehen von den unterschiedlichen Interpretationen des „Hungers“, die von den verschiedenen nationalen Ver-

tretungen nach Canfranc — bereits fixiert — mitgebracht wurden und daher nicht innerhalb von 48 Stunden auf einen Nenner gebracht werden konnten, ist die Begründung für die iberische Interpretation bemerkenswert — sie wurde von Aurelio Granada Escudeiro SJ, dem Aumonier der portugiesischen Landjugend, vorgetragen: Die Realität des leiblichen, biologischen Hungers und seiner Auswirkungen sei nicht zu bestreiten. Indessen könne es nicht erste Aufgabe der MIJARC sein, in diesem Bereich zu helfen, da sie als Katholische Aktion Glied der Kirche sei, die für die technische Lösung des Problems nicht zuständig ist.

Der Präsident der MIJARC, René Peeters, Löwen, stellte zum Abschluß der Diskussionen fest, daß die Akzente, die die Ländervertretungen bezüglich des Lourdes-Thema machten, beträchtlich voneinander abwichen, daß man im Rahmen einer so kurzfristigen Arbeitstagung die Unterschiedlichkeit des Verständnisses jedoch nicht überwinden könne, zumal ihm auch gewichtige unterschiedliche Auffassungen über das Wesen der spezialisierten Katholischen Aktion zugrunde lägen.

Die von den einzelnen Ausschüssen erarbeiteten Empfehlungen gingen z. T. weit über die Richtlinien für die publizistische Vorbereitung des Kongresses hinaus. Die niederländischen, flämischen, deutschen und österreichischen Vertreter brachten u. a. folgende Empfehlungen ein:

1. Aus mannigfachen Gründen, besonders auch im Hinblick auf die zu unterstützenden Entwicklungsländer, solle sorgfältig — auch innerhalb der Verbandspublizistik — zwischen Aktionen für die Mission und solchen zur Bekämpfung des internationalen Hungers und Elends unterschieden werden. Bei der praktischen Arbeit, der Durchführung der verschiedenen Hilfen, insbesondere wenn es sich um Austausch junger Menschen zum Zwecke des Studiums in Europa bzw. zur Hilfe in Übersee handelt, könne jedoch auf keinen Fall auf die Mitwirkung der betreffenden Missionsstellen verzichtet werden.
2. Da heute das internationale Sozialproblem in erster Linie ein Problem geeigneter und befähigter Menschen — und nicht ein finanzielles oder Kapitalproblem — sei, solle der Verband vor allem Bildungsaufgaben pflegen. Zur christlichen Durchdringung der verschiedenen Formen der internationalen Technical Assistance sei es unerlässlich, daß die MIJARC in Zukunft stärker mit der FAO zusammenarbeite, daß sie die Mittel bereitstelle zur Ausbildung geeigneter Spezialisten, die innerhalb der FAO und des Internationalen Arbeitsamtes als überzeugte Christen an der Lösung des internationalen Sozialproblems mitarbeiten.
3. Alle Hilfsaktionen der einzelnen nationalen Verbände im Kampf gegen den Hunger seien zu unterstützen und durch die publizistischen Organe sämtlicher Gliedverbände der Bewegung bekanntzumachen und zu propagieren. Es erscheine jedoch angesichts der internationalen Verpflichtung der MIJARC gerade gegenüber den Entwicklungsländern unerlässlich, daß von seiten der Zentralführung eine strategische Planung im Kampf gegen Hunger und Elend entwickelt werde und mit dieser Aufgabe geeignete Persönlichkeiten betraut werden, die den Aktionen der nationalen Verbände selbstverständlich nicht den spontanen Charakter nehmen, die Aktionen jedoch sinnvoll koordinieren sollten und im Bedarfsfalle auch strategisch unerlässliche Aktionen einleiten müßten. Wich-

tig seien kontinuierliche Anstrengungen, die auf strukturelle Verbesserungen in den Entwicklungsländern hinausliefen. Daher dürfe der Kongreß von Lourdes nur als der Startschuß zu einer umfassenden, langfristigen pädagogischen Aktion verstanden werden.

4. Um ihren Verpflichtungen als Weltorganisation in allen Entwicklungskontinenten wirksam nachkommen zu können, sei die MIJARC verpflichtet, das Netz ihrer Organisation — ohne „europäischen Ballast“ — in Afrika, Lateinamerika und Asien zu entwickeln und zu entfalten, auch wenn andere internationale katholische Organisationen und Verbände ihr diese Aufgabe absprächen mit der kurzschlüssigen Begründung, daß die Wirtschaft aller Entwicklungsländer von der Agrarwirtschaft zur industriellen Produktion dränge und daher Verpflichtungen, wie sie der MIJARC als spezialisierter katholischer Aktion für die europäischen Länder zukämen, sich in absehbarer Zeit in den Entwicklungsländern erübrigten.

**Verbesserung
der gesetzlichen
Regelung für freie
Volksschulen
in England**

Im Gegensatz zur historischen Entwicklung in fast allen kontinentalen Staaten hat der englische Staat erst relativ spät sich mit der Schule beschäftigt, nämlich im Jahre 1870 durch den

Forster Education Act, der das Recht jedes Kindes auf Schulbildung verkündete. 1880 wurde die allgemeine Schulpflicht eingeführt, 1891 fiel der Schulgeldzwang bei den neugeschaffenen öffentlichen Schulen. Zuvor waren fast alle Schulen von religiösen Vereinigungen der anglikanischen Hochkirche, der Freikirchen oder der Katholiken getragen worden. Der Schulzwang führte nun dazu, daß der Staat finanziell für die notwendig gewordene Verbreiterung des Schulwesens sorgen und eigene Schulen gründen mußte. Nach der Tradition der englischen Selbstverwaltung wurden zur Verwaltung und Überwachung der neuen Schulen gewählte lokale Schulkomitees (local school boards) geschaffen. Konfessionell gebundener Religionsunterricht an diesen Schulen war nicht gestattet. Doch blieben die konfessionellen Schulen bestehen, und das Recht auf Neugründung solcher Schulen wurde — entsprechend den freiheitlichen Verfassungsgrundsätzen der englischen Demokratie — garantiert. Finanziell wurden ihre Probleme durch das Schulgesetz der Regierung Balfour im Jahre 1902 geregelt. Konfessionelle Schulen, die ihren Lehrplan nach den staatlichen Examensforderungen ausrichteten, haben nur für die Bau- und Reparaturkosten der Schulgebäude aufzukommen. Die Unterhaltungskosten für Heizung, Beleuchtung, Lehrmittel und Lehrerbesoldung trägt die Gemeinde oder der Staat.

Ein neues Schulgesetz aus dem Jahre 1944 stellte dieses schon zur Tradition gewordene Prinzip des Lastenausgleichs in Frage. Die Grundschulziehung wurde aufgeteilt in eine erste Etappe für Kinder von 5 bis 11 Jahren und eine zweite für Kinder von 11 bis 14 oder 15 Jahren. Das Schulgesetz verlangte eine räumliche Trennung dieser neu einzurichtenden Primar- und Sekundarschulen. Dadurch wurde ein gewaltiges Schulneubauprogramm notwendig, dem die konfessionellen Schulen finanziell nicht gewachsen waren. Die Regierung kam den Sorgen der Religionsgemeinschaften entgegen und schuf den Typ der „freien subventionierten Schule“ (voluntary aided schools). Hier liegt die Ernennung der Lehrer bei einem Leitungskomitee, das sich zu zwei Drit-

teln aus Mitgliedern zusammensetzt, die von der Trägervereinigung der freien Schule (z. B. Pfarrei oder Diözese) benannt werden, und zu einem Drittel aus Vertretern der zuständigen Gebietskörperschaften (Grafschaft oder Gemeinde). Der Lehrplan muß dem staatlichen Lehrplan entsprechen, der Religionsunterricht wird völlig frei von der Religionsgemeinschaft, die Träger ist, erteilt. Der Staat kommt nicht nur für die Unterhaltungskosten dieser Schulen auf, sondern trug bisher auch 50% der Schulneubaukosten, die die stufenweise Durchführung des Planes der Zweiteilung der Schule mit sich brachte. Bedingung dafür war allerdings, daß die Träger der freien Schulen beweisen konnten, daß sie in der Lage waren, die restlichen 50% aufzubringen. Nicht nur die Durchführung dieses Gesetzes, sondern auch die in der Nachkriegszeit erfolgte Bevölkerungsumschichtung vom Land nach der Stadt und die Zunahme der katholischen Bevölkerung durch die irischen Einwanderer erforderten für die Erhaltung und die notwendig gewordene Erweiterung des katholischen Schulwesens sehr große finanzielle Aufwendungen. Nach einer schriftlichen Mitteilung des englischen Unterrichtsministers Geoffrey Lloyd vom 24. Dezember 1958 an das Unterhaus brachten die Katholiken seit dem Schulgesetz von 1944 etwa 113 Millionen DM für 276 Schulhausneubauten auf. Die seit einiger Zeit beschleunigte Durchführung des Trennungsplanes hätte nach der bis vor kurzem gültigen Finanzregelung für die freien Schulen den Katholiken in den nächsten 20 Jahren eine finanzielle Belastung von etwa 610 Millionen DM gebracht, wenn sie ihr Schulsystem im bisherigen Umfang aufrecht erhalten wollten. Durch Verhandlungen der Bischofskommission für Unterrichtsfragen unter der Leitung von Bischof Andrew Beck von Salford mit der Regierung und durch einen geschickt ausgeübten Druck der katholischen Wähler auf ihre Abgeordneten gelang es jedoch dem sehr wohlwollenden Unterrichtsminister Lloyd, im Juni 1959 ein neues Finanzierungsgesetz im Unterhaus durchzubringen. Es erhöht den Staatszuschuß für konfessionelle Schulhausneubauten auf 75% und erlaubt für den Rest zinsverbilligte und langfristige Staatskredite an die Trägergemeinschaften. Es sieht zum ersten Mal auch Zuwendungen der lokalen staatlichen Schulkomitees an konfessionelle Mittel- und Berufsschulen vor. Somit bedeutet dieses Gesetz eine große Erleichterung für die englischen Katholiken, wenn auch die Durchführung der aufgestellten Neubaupläne noch immer ein Aufkommen von mehr als 300 Millionen DM vor allem durch Spenden der katholischen unteren Einkommensschichten aus der irischen Einwanderung erfordert.

Bemerkenswert im Vergleich zu anderen Ländern (z. B. zu Frankreich; vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 576) ist die Ruhe und Sachlichkeit, mit der die Verhandlungen der Bischöfe mit der Regierung und zwischen den Parteien im Parlament geführt worden sind. Auch das Presseecho der großen liberalen Zeitungen war durchaus positiv. So schrieb der „Guardian“ aus Manchester: „Es kann nicht angehen, daß man von öffentlichen Geldern spricht, die an konfessionelle Gesellschaften verteilt werden, denn die konfessionellen Schulen haben lange die gleiche Last getragen wie die staatlichen.“ Die „News Chronicle“ griff vereinzelte protestantische Gegenstimmen an und meinte, daß es nicht angehe, „daß man religiösen Minderheiten grundsätzliche Freiheiten des Erziehungs-

betriebes immer noch abspreche und daß man immer wieder vergesse, um wieviel besser Freiheit und gegenseitiges Verständnis seien als Unduldsamkeit und Rivalität zwischen den einzelnen Anschauungen“.

Kunst und Kirche — Der Herausgeber der englischen Fachzeitschrift „Liturgy“, Pater James D. Critchton, hielt vor der Newman-Association an der Universität Exeter den Festvortrag über das Thema Architekt und Priester. Grundsätzlich meinte der Referent, daß auch ein Pfarrer in seinem ästhetischen Urteil über Plan und Bau einer Kirche irren könne. Wie oft verlöre er z. B. sein Herz an einem Altar aus italienischem Marmor. Wenn ihm jedoch der Architekt klarmache, wie sehr ein solches Unding im Widerspruch zu allem in der Kirche stehe, so müsse er die Demut haben, sein Urteil zu revidieren. Andererseits müsse der Pfarrer auch den Mut haben, einem Architekten nein zu sagen, der ein Konzept zu verwirklichen suche, das den kirchlichen Vorschriften zuwiderläuft.

Statuen, die so wirklichkeitsfremd sind, daß sie fürs Volk zum Kreuzworträtsel werden, seien für Kirchen ungeeignet. Abstrakte Figuren des heiligen Josef, Gorgonzola-Madonnen und St. Patricks aus Buntmetallgestänge dienten dem christlichen Gottesdienst in keiner Weise. Die Innenausstattung zu vieler Kirchen in England gleiche einem „frommen Kulissenschrank“ oder einem „kirchlichen Woolworth“. Eine Abhilfe erwartet sich Pater Critchton dadurch, daß „englische Kirchen durch Engländer gebaut werden sollten“. Zu lange sei dieses Land durch die Kunst des Kontinents beeinflußt worden. Englische Künstler könnten der religiösen Kunst vielleicht ein gewisses Maß an Stabilität verleihen.

Aus den Missionen

Daß auf der Insel Madagaskar das private und öffentliche Leben von christlichem Geiste tief durchdrungen werde. Missionsgebetsmeinung für November 1959

Bei der Erörterung der Probleme des in Umwandlung begriffenen Afrika tritt die Insel Madagaskar, die in 400 km Entfernung der Ostküste des Erdteils vorgelagert ist, meist in den Hintergrund. Ihre Einbeziehung in das französische Kolonialreich vor rund 62 Jahren bewirkte zwar, daß

sie in das uniforme Verwaltungssystem eingegliedert wurde, das nach dem Muster des „Mutterlandes“ ganz Französisch-Afrika erfaßte. Aber diese äußere Gleichschaltung hat nie die Besonderheiten der geschichtlichen Entwicklung und der ethnographischen Struktur der großen Insel verwischen können, deren Bewohner eine vom festländischen Afrika absolut verschiedene völkische, kulturelle und politische Eigenentwicklung zu verzeichnen haben. Zwar hat die Insel mit den Nebeninseln nur 5 Millionen Einwohner, deren Zahl sich jährlich um etwa 80 000 vermehrt. Im Gesamtbild der Weltbevölkerung und in der Problematik des gewaltigen Bevölkerungsanstiegs der Erde spielt Madagaskar also wahrlich keine große Rolle. Aber das Land ist anderthalbmal so groß wie Deutschland, und es ist durchaus entwicklungsfähig, wenn es gelingt, der Landwirtschaft, in der der allergrößte Teil der Bevölkerung beschäftigt ist, eine bodenständige Industrie an die Seite zu stellen und das koloniale System der Ausbeutung durch ein solches zu ersetzen,

in dem die Madegassen selbst die Früchte ihres Fleißes ernten. Die Insel, die im 19. Jahrhundert Streitobjekt des englischen und französischen Imperialismus war, wird nie mehr die strategische Bedeutung haben, die ihr die westlichen Völker sogar noch während des zweiten Weltkrieges zumaßen. Um ihren Besitz wird man sich nur noch im Rahmen globaler Auseinandersetzungen streiten. Madagaskar kann auch nie gegenüber dem Festlands-Afrika die Rolle übernehmen, die England gegenüber dem Festlands-Europa spielte. An den innerafrikanischen Auseinandersetzungen über die Revision der von den Kolonialmächten geschaffenen Grenzen ist es unbeteiligt, da seine Grenzen die Wasser des Ozeans sind. So kann man hoffen, daß Madagaskar, das sich im November 1958 nach einer Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit zur selbständigen Republik erklärte und dann als erstes der unter de Gaulle zur Entscheidung für oder gegen die französische Gemeinschaft aufgerufenen Länder den Anschluß an diese Gemeinschaft vollzog, nunmehr in Ruhe seine Angelegenheiten ordnen kann. Bei all ihren administrativen und wirtschaftlichen Sorgen können die Führer des Landes darauf hinweisen, daß die Insel im vorigen Jahrhundert schon unter der Herrschaft der Hovas eine fast vollständige politische Einheit bildete, die international anerkannt war. Erst die französische Okkupation machte diesem Reich ein Ende.

Die Kirche in der Kolonialzeit

Die Geschichte des Christentums auf Madagaskar ist mit der europäischen Expansion der Neuzeit eng verbunden. Jesuiten und Vinzentiner versuchten im 16. und 17. Jahrhundert vergeblich, dort für dauernd das Christentum einzuführen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wollte Msgr. Bruno de Solages, der von Rom zum „Apostolischen Präfekten der Insel Bourbon, der Insel Sainte Marie, Madagaskar und aller Inseln des Pazifik“ ernannt worden war, Madagaskar zur Drehscheibe seines Apostolats zu machen. Bei einer Erkundungsreise wurde er getötet. Mehr Glück hatte im Jahre 1818 die protestantische Londoner Missionsgesellschaft, die sich auf der Insel festsetzen konnte und eine beachtliche Zahl von Anhängern gewann. Die damals in Tananarivo regierende Hovakönigin Ranavalona I. entfachte aber gegen die Christen eine dreißig Jahre dauernde Verfolgung, die viele Märtyrer forderte. Man prangert gerne die absolute Intoleranz der Königin an. Aber ihre Haltung war letztlich durch die Angst einer politischen Überfremdung seitens Englands bestimmt. Die Glaubenszeugen der damaligen Zeit werden heute von Katholiken und Protestanten gemeinsam als die Erstlingsmartyrer des Christentums auf der Insel verehrt. Diese Tatsache versöhnt in etwa mit den unerfreulichen Reibungen beider Konfessionen vor den Augen der Heiden, die auftraten, als die katholische Kirche in Verbindung mit den französischen Ausdehnungsbestrebungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf der Insel erschien. Diese Reibungen haben erst an Heftigkeit verloren, als sich beide Bekenntnisse in jüngster Zeit gezwungen sahen, bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungskörperschaften des zur Selbständigkeit geführten Landes zum Schutze gemeinsamer Interessen zusammenzustehen. Die Anregung dazu ging von den Katholiken aus. Die Heiden aber sahen mehr als ein Jahrhundert lang die protestantische Religion als die Religion der Engländer, die katholische als die der Franzosen an.

Noch in der Zeit der Christenverfolgung unter Ranaváloná I. versuchte der Nachfolger von Msgr. de Solages vergeblich, mit Hilfe von Jesuiten neue solide Ausgangsbasen für die katholische Mission zu schaffen. Zwei Patres drangen in bürgerlicher Kleidung bis zur Hauptstadt Tananarivo vor. In Gegenwart von nur wenigen Personen, darunter des Erbprinzen, feierte P. Finaz SJ im Jahre 1855 dort die erste heilige Messe. Der hundertste Gedenktag dieser Messe wurde 1955 in Anwesenheit von 50 000 Katholiken festlich begangen. Aber die Jesuiten mußten bis 1862 auf jegliches Apostolat verzichten, nutzten indes die siebenjährige Wartezeit, um sich durch linguistische Studien und die Vorbereitung eines Katechismus in madegassischer Sprache für zukünftige Arbeitsmöglichkeiten vorzubereiten. Als der Erbprinz dann die Königin Ranaváloná I. ablöste, erhielt das Christentum die Freiheit. Aber bald kam es zu neuen Konflikten, als die Franzosen ihren politischen Einfluß auf der Insel gegenüber den an anderen Stellen Afrikas engagierten Engländern auszudehnen suchten. Die Königin Ranaváloná II. erklärte den Protestantismus („die Religion der Engländer“) zur Staatsreligion, offenbar um dadurch eine verstärkte Hilfe des protestantischen England gegen die akute Bedrohung seitens der Franzosen zu provozieren. Ein großer Teil des Adels ging nun zum Protestantismus über, der so zu einer sehr beachtlichen Bedeutung im staatlichen Leben gelangte. Während zweier Kriege des Hova-Königreichs mit den Franzosen (1883—1886 und 1894) mußten natürlich die (französischen) katholischen Missionare als Vertreter der „Religion der Franzosen“ das Land vorübergehend verlassen. Dennoch konnte die Kirche ihre neugewonnenen Stellungen halten und sich bei wachsender Festigung der politischen Macht der Franzosen langsam weiter entfalten. Betrug die Katholikenzahl im Jahre 1890 33 783, so schon fast 100 000 im Jahre 1900. Unter den Neubekehrten befanden sich natürlich viele Opportunisten. Die Missionare waren sich dessen durchaus bewußt (vgl. „Etudes“, Paris, 1932, S. 537). Ein erheblicher Teil der Neukonvertiten fiel auch wieder ab. Die Mission sanierte diese ungesunden Verhältnisse durch Vorschrift einer langen Taufvorbereitung. Nach Überwindung jener Krise verlief die Entwicklung der Kirche ruhig und stetig bis zum Jahre 1947. Damals brach auf dem Hochplateau im Inneren der Insel der große Aufstand gegen die französische Verwaltung aus, der 80 000 Menschen das Leben kostete. Die Aufständischen gingen in großen Bezirken des Inneren und der Ostküste auch gegen die katholische Kirche als „das Gebet der Weißen“ vor. Da die Protestanten wenig behelligt wurden, ist klar, daß man hier „das Gebet der Franzosen“ meinte, also französische Kolonialregierung und Kirche in solidarischer Verbindung sah. Manche Priester und Christen fielen damals den Wurfspießen der „Rebellen“ zum Opfer. Viele hundert Kirchen, Kapellen und Schulen wurden zerstört. Gruppen von Katholiken fielen ins Heidentum zurück. Nur relativ wenige Christen haben sich am Aufstand beteiligt. Es waren hauptsächlich Protestanten, die damals auch wieder geflissentlich die These propagierten, der Katholizismus sei nur zur Festigung des französischen Regimes eingeführt worden. Von den Belastungen geistiger und materieller Art des schweren Jahres 1947 hat sich die katholische Kirche der Insel überraschend schnell und gut erholt. Sie ist dadurch in ihrem inneren Zusammenhalt nicht geschwächt wor-

den. Ihre Anhängerzahl stieg dauernd und hat heute die erste Million überschritten. Von den 5 Millionen Einwohnern sind gut ein Fünftel katholisch. Unter den 3 Millionen Heiden gewinnt die katholische Kirche jährlich noch immer 40—50 000 erwachsene Neuchristen. Prozentual übersteigt das Wachstum der Kirche den natürlichen Bevölkerungszuwachs des Landes um das Zwei- bis Dreifache. Die Zahl der Protestanten betrug im Jahre 1957 nach dem World Christian Handbook 841 000. 63 000 Quäker sind darin nicht einbegriffen. Im Norden leben noch 230 000 Mohammedaner. Wenn Katholiken und Protestanten der Insel in den Lebensfragen des Christentums wirklich zusammengehen, während gleichzeitig dieses Christentum immer mehr in der Kultur des Landes verwurzelt wird, ist es keine Utopie, wenn man in absehbarer Zeit ein christliches Madagaskar erwartet.

Kirche und Entkolonialisierung

Die Jahre von 1948 bis 1959 brachten die Entwicklung Madagaskars vom Status einer Kolonie zum selbständigen Staat. Nach dem Erlebnis von 1947 hatte man kirchlicherseits einigen Grund zu ernstern Besorgnissen. Die große Mehrzahl der Missionskräfte sind noch immer Franzosen. Von den 14 Bischöfen haben nur zwei oder drei nicht-französische Nationalität. Der einheimische Klerus ist noch gering an Zahl (ein Bischof und etwa 120 Priester bei einem Gesamtklerus der Insel von 520 Priestern). Größer ist die Zahl der einheimischen Ordensbrüder (150 von 270) und der Ordensfrauen (300 von 700). Wie leicht konnte diese Kirche auch noch in der entscheidenden Phase der Ablösung des Kolonialstatus als Ausländerkirche in der Öffentlichkeit gebrandmarkt werden. Dazu kam, daß die Kirche bis zuletzt an die Bestimmungen des Kolonialregimes gebunden blieb, dessen Geist liberal-laizistisch war und dessen Sozial- und Wirtschaftspolitik einseitig auf die Förderung der französischen Wirtschaft und den Profit der großen Kapitalgesellschaften der Metropole ausgerichtet war. Den dringenden Notwendigkeiten der Stunde entsprechend, hätte man gerne schon früher eine umfassende kirchliche Aktion in die Wege geleitet, um die Einheimischen zur Erfüllung ihrer christlichen Aufgaben in einem der Selbständigkeit entgegengehenden Madagaskar zu schulen. Aber alle Versuche dieser Art mußten die Kirche bei der Regierung und den 40 000 Franzosen im Lande, die alle Schlüsselstellungen in den Händen hatten, dem Verdacht „staatsgefährdender politischer Umtriebe“ aussetzen. Es gelang allerdings die Bildung christlicher Gewerkschaften, als Frankreich der Entfaltung des Gewerkschaftswesens in den afrikanischen Kolonien keinen Widerstand mehr entgegensetzen konnte. Die christlichen Gewerkschaften sind als die stärksten Gewerkschaften der Insel in 92 örtlichen Syndikaten für die verschiedensten Berufsgruppen gut organisiert, genießen die tatkräftige Unterstützung der christlichen Gewerkschaftsinternationale (IBCG) und haben auch schon die Hilfe ihrer deutschen Arbeitskameraden erfahren. Erst als Frankreich sich gezwungen sah, in wenigen Jahren Madagaskar zum Selbstentscheid über sein Schicksal durch stufenweise durchgeführte Wahlen vorzubereiten, erhielt die Kirche die Freiheit, die Kader für das Wirken der Katholiken im öffentlichen Raum vorzubereiten. Die zur Verfügung stehende Zeit war leider sehr kurz. Man ging mit aller Energie an die Aufgabe, und die Kirche, die vorher wegen ihrer äußerlich erzwungenen Zurückhal-

tung von gewissen einheimischen Kreisen des Konformismus mit dem Regime bezichtigt wurde, mußte nun den gleichen Vorwurf von den französischen Kolonisten hören, die sie des Opportunismus gegenüber den neuen politischen Mächten bezichtigten.

In dem Augenblick, in dem es der Regierung nicht mehr möglich war, die Kirche mit Repressalien wegen ihrer Haltung in der Unabhängigkeitsfrage zu bedenken, gaben die Bischöfe der Insel (im Jahre 1954) eine gemeinsame Grundsatzerklärung ab, die feierlich das Recht auf Unabhängigkeit anerkennt. Nach Darstellung des rein geistlichen Charakters der Kirche, die nicht die Aufgabe hat, eine bestimmte Regierungsform zu fördern oder zu erklären, ob ein Volk fähig ist oder nicht, sich selbst zu leiten, stellte die Erklärung fest: „Die Kirche wünscht innigst, daß die Menschen und Völker zu größerem Wohlergehen fortschreiten und stets mehr ihre Verantwortlichkeiten übernehmen. Die Größe des Menschen liegt darin, daß er frei und verantwortlich ist, und die politische Freiheit stellt eine dieser grundlegenden Freiheiten und Verantwortlichkeiten dar. Sie nicht zu genießen stellt eine unvollendete Entwicklung dar und kann nur zeitweiligen Charakter haben. So anerkennen Kirche und Naturrecht die Freiheit der Völker, sich selbst zu regieren. Im übrigen bekräftigt die Kirche nur das Prinzip. Die geistige Befreiung, die sie bei den Christen sichert, ist eines der wirksamsten Mittel, um den Menschen zu seiner vollen Reife gelangen zu lassen. Und indem sie allen gegenüber die Größe der menschlichen Würde und die daraus sich ergebenden Pflichten hervorhebt, trägt sie in aller Wirklichkeit zur Besserung der Beziehungen unter den Menschen bei . . . Wir anerkennen den legitimen Charakter des Strebens nach Unabhängigkeit wie auch jedes aufbauende Bemühen, dahin zu gelangen. Aber wir warnen vor möglichen Entgleisungen, besonders vor dem Haß, der in einem Christenherzen keinen Platz finden darf.“ — Das Echo in den Kolonistenkreisen war äußerst ungünstig, und der französische Hochkommissar Bargues bemerkte beim kurz nach der Erklärung stattgefundenen Neujahrsempfang: „Es ist bedauerlich, daß irgend jemand, der sich zu den geistigen Führern des Volkes rechnet, sich von den Lehren der Bibel so weit entfernt haben sollte, daß er amtlich Manöver ermutigt, die auf den Umsturz der bestehenden Ordnung zielen, die Verfassung verletzen und dem französischen Volk einen integrierenden Teil des Gebietes der Republik stehlen wollen.“

Im gleichen Jahr (1955) richtete Rom auf der Insel die ordentliche Hierarchie ein und tat damit den entscheidenden Schritt zur Schaffung einer bodenständigen Kirche. Heute bestehen auf Madagaskar drei Erzdiözesen und elf Diözesen, an deren Spitze freilich (bis auf die Diözese Miarinarivo, die seit 1939 einen einheimischen Bischof hat) bis zur Stunde Ausländer stehen. Von den madagassischen Priestern nehmen im übrigen viele schon wichtige Stellungen im kirchlichen Leben ein. — Im Jahre 1956 setzte die Bischofskonferenz ihre offene Stellungnahme zu Fragen der Evolution fort. Es war das Jahr, wo die Kolonialregierung erstmalig Wahlen auf der untersten Verwaltungsstufe durchführte. Die Bischöfe wiesen auf die Krankheiten des bisher geltenden Sozial- und Wirtschaftssystems hin und forderten die Christen auf, in dem Augenblick der Errichtung eines mehr demokratischen Regimes ohne Zögern und Furcht ihre sozialen und bürgerlichen Verantwortlichkeiten zu übernehmen.

Schon bei den Kommunalwahlen zeigten sich die Kommunisten sehr aktiv. Sie verfügten über in Moskau, Peking, Warschau, Prag und in Frankreich ausgebildete Führer sowie über eine Anzahl von Zeitungen. In einem Geheimdokument, das kirchlichen Stellen bekannt wurde, waren die Richtlinien des Vorgehens angegeben: Die Kommunisten sollten sich an die Spitze der Unabhängigkeitsbewegung drängen und für die Einheit der Aktion Sorge tragen, um dann desto sicherer die Führung an sich reißen zu können. Die Hilfe der Freimaurer, von denen viele leitende Posten in der Verwaltung einnahmen, sei anzustreben, weil sie viel Geld hätten und antiklerikal gesinnt seien. Das Zusammengehen zwischen Katholiken und Protestanten müsse unter allen Umständen verhindert werden. Es sei also Mißtrauen zwischen beiden Gruppen zu säen, desgleichen zwischen kirchlicher Führung und gläubigem Volk. Die Kommunisten sollten sogar die Kirchen besuchen und dort beten, wenn sie damit Vertrauen gewinnen könnten. Die kirchliche Führung sah sich so genötigt, für die im Jahre 1957 stattgefundenen Wahlen zu den höheren Verwaltungskörperschaften fieberhaft an der staatsbürgerlichen Erziehung der unerfahrenen ländlichen Massen zu arbeiten und auch an der Bildung der politischen Kader mitzuwirken. Den Geistlichen wurde aber jede Annahme eines Mandats verboten. In der Diözese Ambanja (Nordmadagaskar) stellten die (elsässischen) Kapuziner bei den allgemeinen Wahlen sogar gegen die das Volk bedrückenden Häuptlinge und die Direktoren der großen europäischen Unternehmungen eine eigene „Volksliste“ auf, die mit Zweidrittelmehrheit den Sieg errang. Im allgemeinen waren die christlichen Listen im ganzen Lande recht erfolgreich.

Ein französischer Ministerpräsident

Die erste demokratische Regierung, die noch unter dem französischen Oberkommissar stand, sah einen überzeugten Katholiken, den in Frankreich herangebildeten Philibert Tsiranana, als stellvertretenden Ministerpräsidenten, und die Mehrheit der Kabinettsmitglieder war gleichfalls katholisch. Nachdem dann Tsiranana Ministerpräsident geworden war, trat er sogleich eine Auslandsreise an, um für Kapitalinvestitionen auf Madagaskar zu werben. Die französische Kolonialregierung hatte stets verhindert, daß ausländisches Kapital im Lande in beachtlichem Maße angelegt wurde. Man führte die Rohprodukte nach Frankreich und bot Madagaskar die Fertigwaren zu Preisen an, die über den Weltmarktpreisen lagen. Tsiranana war 1958 im Verfolg seiner Mission auch in Deutschland, wo man in Köln um ihn einen großen Kreis führender Industrieller versammelte. Man hatte bei dieser Zusammenkunft den Eindruck, daß beide Teile kaum etwas voneinander wußten. Weder kannte Tsiranana etwas von dem wirtschaftlichen Mechanismus außerhalb der Französischen Union noch die deutschen Industriellen etwas von den grundlegenden sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des Landes, mit dem sie bisher nur wenig Kontakte hatten. Für die wenigen deutschen Teilnehmer aus dem Bereich des Kulturlebens war die Erklärung des Ministerpräsidenten am eindrucksvollsten, daß Madagaskar seine Zukunft nur im Anschluß an den Westen sichern könne. Tsiranana gab ein zurückhaltendes, aber deutliches Bekenntnis zu den echten Werten abendländischer Kultur ab. Heute ist er sozusagen einstimmig gewählter Präsident der Unabhängigen Republik Mada-

gaskar und hat den Willen bekundet, das Land in schwerlicher Liebe zur französischen Republik zu führen. Es gibt allerdings noch immer Kreise unter den französischen Kolonisten und unter den führenden Persönlichkeiten Frankreichs, die nicht umdenken können und ihm die Durchführung seiner Absichten erschweren. Tsiranana verdient in seinem nicht leichten Kampf um die Schaffung eines Sozialstaates christlicher Prägung auf jeden Fall die wache Unterstützung des Weltkatholizismus und der ganzen übrigen christlichen Welt. Nachdem ein Referendum vom 28. September 1958 eine überwältigende Mehrheit für die Gründung einer politisch und ökonomisch mit Frankreich verbundenen selbständigen Republik ergeben hatte, erklärte der Episkopat erneut seine Zustimmung zu dem hier sichtbar gewordenen Volkswillen und sprach die Zuversicht aus, daß beim Aufbau der Republik das wertvollste Element des nach Madagaskar gebrachten abendländischen Kulturguts, die christlichen Grundsätze, richtunggebend seien. Der Wunsch der Bischöfe, den Glauben an Gott in der Verfassung bekundet zu sehen, fand Erfüllung. Die gesetzgebende Versammlung baute am 28. April 1959 mit 85 gegen eine Stimme in die Präambel des Grundgesetzes „den Glauben des Volkes an Gott und seine Überzeugung von dem eminenten Wert der christlichen Persönlichkeit“ ein.

Die Lage der christlichen Schule

Die Kirche Madagaskars ist ins zweite Jahrhundert ihrer Existenz getreten, und das zweite Jahrhundert einer Missionskirche ist immer schwieriger als das erste. Neben Altchristen, die durch christliche Schulen gingen, gibt es solche, die in den liberalen Staatsschulen der Kolonialverwaltung ihre Grundschul- und höhere Bildung erhielten. Das alte Heidentum hat seine Spuren nicht nur in den Massen erwachsener Neuchristen bewahrt, die in jüngster Zeit sich der Kirche anschlossen, sondern auch in den älteren Christengenerationen. Solches kann nur jenen in Verwunderung setzen, der sich in der Frühgeschichte des eigenen (abendländischen) Christentums nicht auskennt. Die Missionskirche Madagaskars hat stets in der christlichen Schule das beste Mittel gesehen, um von Grund auf christliche Gemeinden entstehen zu lassen. Vier männliche und 20 weibliche Lehrorden leiten in den Städten 110 höhere Knaben- und Mädchenschulen mit 40 000 Schülern, während in 1 500 Dörfern neben der Kirche die katholische Volksschule steht. Das katholische Schulwesen genoß in neuerer Zeit eine bescheidene staatliche Beihilfe, während die Staatsschulen mit öffentlichen Mitteln unterhalten werden. Wegen seiner Qualität ist der Missionsschulunterricht sehr gesucht. Aber die Aufbringung der Mittel zum Unterhalt der bestehenden Schulen und zum Bau neuer Unterrichtsstätten wird immer schwieriger. Die Missionsschulen können bei dem erschreckend geringen Durchschnittseinkommen der Bevölkerung kein hohes Schulgeld nehmen. Sonst sind die Eltern gezwungen, ihre Kinder in die religionsfreien Staatsschulen zu senden. Außerdem fühlt sich die Mission verpflichtet, begabten Kindern auch der ärmsten Bevölkerungsschichten alle Bildungsmöglichkeiten zu geben. Die weltlichen Lehrkräfte der Missionsschulen sind mit geringen Gehältern zufrieden, und das Lehrpersonal der Orden ist aus Raumnot meist in Dachkammern der Schulgebäude untergebracht. Wenn die Regierung nicht wenigstens stufenweise eine finanzielle Gleichstellung der Pri-

vatschulen mit den öffentlichen Schulen herbeiführt, ist die Zukunft der christlichen Schulen, in denen mehr als die Hälfte aller die Schule besuchenden Kinder Madagaskars unterrichtet werden, sehr gefährdet.

Um die Vertiefung des christlichen Lebens

Einige Sorgen bereitet der Kirche Madagaskars heute das Problem der Einsenkung der Kirche in den Kulturboden. Wie in allen jungen afrikanischen Staaten ist auch auf Madagaskar das Bestreben sichtbar, die politische Selbständigkeit durch Rückbesinnung auf das eigene Kulturerbe und durch Pflege uralten (meist heidnischen) Brauchtums zu untermauern und zu festigen. Die Kolonialära war der entschlossenen Kulturakkommodation seitens der Kirche nicht günstig, und die Missionare sind trotz redlichen Bemühens nicht immer zu voller Erkenntnis der religiös-sozialen Grundanschauungen der einheimischen Bevölkerung gelangt. Es war psychologisch schwer, die europäische Brille abzulegen. Heute bemüht man sich intensiv, zu einer Tiefenschau der Volksseele zu gelangen, das Brauchtum zu studieren, schon verchristlichtes Brauchtum zu fördern und heidnisch geliebenes Brauchtum christlich umzugestalten.

Sehr instruktiv ist in dieser Hinsicht ein Aufsatz, den ein Missionar Madagaskars, der seit 1934 im Lande tätige Montfortaner-Pater Melaine Le Hurt, im Juni 1958 in der Pariser Zeitschrift „Mission de l'Eglise“ unter dem Titel: „Haben wir die Lehren aus den Ereignissen von 1947 auf Madagaskar verstanden?“ veröffentlichte. Der große Aufstand jenes Jahres hatte sich besonders im Ostteil der Insel beim Volke der Betsimisaraka gegen die katholische Kirche gerichtet. Von 783 Kirchen jenes Gebietes wurden damals 758 zerstört. P. Le Hurt stellt fest, daß ganze Gemeinden zu den „Gebräuchen der Ahnen“ zurückkehrten. Der tiefste Grund der Erhebung war die Zerstörung der traditionellen Werte des Volkes durch die Regierung. Man wandte sich gegen einen Laizismus, der den homo oeconomicus vom homo religiosus trennte. Nach den Anschauungen der Betsimisaraka, einer Volksgruppe von 638 000 Seelen, gibt es keine bürgerliche Gesellschaft, die unabhängig von der religiösen Gesellschaft ist. Es gibt weder rein profane noch rein religiöse (sakrale) Akte. Im Kampf gegen die Politik der Regierung ging man auch gegen „das Gebet der Weißen“, die katholische Kirche, vor, weil sie sich nach außen nicht genügend von der Politik der Regierung abgesetzt hatte. Nach P. Le Hurt hätte man die Kirche als die Vollendung der „Religion der Ahnen“ darstellen müssen, nicht als eine solche, die sich einfachhin an die Stelle der urtümlichen Gebräuche setzte. In den Schwierigkeiten auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete, die das Eindringen der westlichen Zivilisation brachte, hätte der Katholizismus als eine Religion erscheinen müssen, die sich auf das ganze Leben ausdehnte, die mit der Achtung der Person des Einzelmenschen das menschliche Gesamtwohl sichert, eben entsprechend der religiösen Grundkonzeption der Betsimisaraka. Man dürfte auch diesem Volke keine Katechisten geben, die, aus anderen Stämmen kommend, von Anpassung keine Ahnung hatten und nicht einmal den Dialekt der Leute sprachen. Die traditionellen religiösen Führer des Volkes fühlten sich also tief verletzt. Man sah katholischerseits nicht, daß man eine besondere Zivilisation zu taufen hatte: „Man hatte sich sehr stark auf die Kinder

gestützt. Das täuschte bei den großen Taufzahlen über die mangelnde Akkommodation hinweg. Die Missionare und die Verwaltung erweckten den Eindruck, daß sie, jeder in seinem Bereich, dieses alte Brauchtum zerstörten, das bis dahin den Frieden mit dem Schöpfergott und den Ahnen sowie den Frieden in der Familiengruppe sicherte.“ Die Mission hatte nicht genügend ihre innere Unabhängigkeit von der Zivilgewalt demonstriert. Sie hatte nicht genügend gezeigt, daß ihre Lehre, aufbauend auf der Lehre der Alten, imstande war, Gerechtigkeit und Frieden in der Gemeinschaft zu sichern. Die Mission hätte auf dieser lehrhaften Grundlage mit den Betsimisaraka in ein Gespräch kommen müssen. Ein Volk nimmt nicht leicht den Monolog an, woher er auch kommt. Das gilt besonders auf religiös-sozialem Gebiete. — Soweit P. Le Hurt.

Die Mission stößt auch noch in anderen Teilen Madagaskars auf eingeeprägte religiös-soziale Gesamtstrukturen, die der Christianisierung besondere Aufgaben stellen, so bei den Sakalaven an der Westküste. Hier handelt es sich um vom Festland eingewanderte Negerstämme, die sich energisch gegen das Christentum zur Wehr setzen. Aber im allgemeinen verwischen sich allmählich die Besonderheiten, nicht zuletzt unter dem Einfluß der eindringenden westlichen Zivilisation (Individualismus, arbeitsteilige Gesellschaft usw.), die besonders in den Städten tiefgreifende Veränderungen der geistigen Grundhaltung hervorruft. Zu den unerfreulichsten Erscheinungen gehören hier der sich selbst bei der ländlichen Bevölkerung ausbreitende Materialismus und der Einfluß des französischen Laizismus besonders in der einzigen Großstadt Madagaskars, der 200 000 Einwohner zählenden Stadt Tananarivo. Das Vorhandensein spiritistischer Zirkel in fast allen Städten zeigt, daß es aus der religiösen Brauchtumskultur entwurzelte Bevölkerungsschichten gibt, die in der Stadtzivilisation keine neue seelische Beheimatung gefunden haben. Schließlich hat auch das Christentum mit seinen Ideen das geistige Leben der ganzen Insel einschließlich des noch heidnischen Raumes außerordentlich beeinflußt. Die Kirche sieht sich so gezwungen, verschiedene geartete Umwelten mit unterschiedenen Missionsmethoden anzugehen. Die Rassenmischung auf der Insel, die in mehreren Jahrtausenden stattfand und auch heute nicht beendet ist, erschwert zudem das Apostolat in der Erfüllung der Aufgaben der Anpassung. Die Bevölkerung setzt sich heute, wenn man sie nach den morphologischen Grundtypen aufgliedert, zu 37 Prozent aus Abkömmlingen indonesischer, zu 52 Prozent aus solchen negro-ozeanischer, zu 2 Prozent negro-afrikanischer und zu 9 Prozent europäischer Herkunft zusammen. Dazu kommen die Einflüsse der angelsächsischen und lateinischen Einwanderung des letzten Jahrhunderts sowie des Einströmens von Indern und Chinesen aus jüngster Zeit. Madagaskar ist ein Schmelztiigel von Völkern, deren Zusammenwachsen durch den abgeschlossenen Charakter der Insel stets sehr gefördert wurde, neuerdings auch durch die verkehrsmäßige Erschließung und die moderne Organisation der Arbeit.

Die wichtigste Aufgabe der Kirche ist jetzt die beschleunigte Heranbildung eines guten, zahlenmäßig starken Klerus, zumal das Land an fühlbarem Priestermangel leidet. Wenn heute aus politischen Gründen der ausländische Klerus die Insel verlassen müßte, stände die Kirche der Insel vor einer sehr schweren Entwicklungskrise.

Zentralausschuß des Weltrates der Kirchen auf Rhodos Die diesjährige Tagung des 90köpfigen Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen, die teilweise unerledigte Probleme der letztjährigen Tagung in Nyborg (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 92) fortzuführen hatte, stand wesentlich im Zeichen der Ehrung der orthodoxen Kirchen. Sie fand auf Rhodos, im Jurisdiktionsbereich des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, und zwar im Castello, der mittelalterlichen Festung des Johanniterordens, statt, wo sie am 19. August eröffnet wurde. Eine Botschaft des gastgebenden Patriarchen sprach die Hoffnung aus, daß diese Tagung zur weiteren Vertiefung des Verständnisses zwischen den Kirchen westlicher und östlicher Tradition beitragen möge. Ein Grußwort des griechischen Königspaares erinnerte an den Apostel Paulus, der vor genau 1900 Jahren auf Rhodos Station gemacht habe. Die Grüße der griechischen Regierung überbrachte Kultusminister G. Voyadzis. Er forderte, man solle mit dem Proselytismus endlich Schluß machen, da er nur Mißtrauen zwischen den Kirchen schaffe. Der Leiter der Abteilung für religiöse Angelegenheiten im Erziehungsministerium, Prof. Basil Ioannides, warnte vor einer Unterschätzung der Schwierigkeiten, die einer Wiedervereinigung im Glauben entgegenständen.

Ehrung der orthodoxen Kirchen

Neben den Patriarchaten von Konstantinopel und der Kirche von Griechenland, Zypern und Kreta waren auch die orthodoxen Patriarchate von Jerusalem, Antiochien und Alexandrien vertreten, und das Moskauer Patriarchat hatte als Beobachter den Dozenten Vitalij Borovoi von der Leningrader Theologischen Hochschule sowie den Referenten vom Außenamt, V. S. Alexeev, entsandt, die beide kurz vorher dem Genfer Generalsekretariat des Weltrates der Kirchen einen längeren Informationsbesuch abgestattet hatten.

Das ganze Programm stand sichtlich im Dienste einer Beschwichtigung der orthodoxen Kirchen, über deren Spannungen zum Weltrat teils aus dogmatischen Gründen (vgl. die kritische Haltung der Kirche von Griechenland in Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 22), teils aus Abneigung gegen die geplante Fusion des Weltrates mit dem Internationalen Missionsrat (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 20 und 222) hier ausführlich berichtet wurde, eine Spannung, die durch die Wirren um die Ankündigung eines Ökumenischen Konzils durch Papst Johannes XXIII. nicht geringer geworden war (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 355 f. und 401 f.). Daher würdigte der Generalsekretär des Weltrates, Dr. Visser 't Hooft, in seinem Rechenschaftsbericht den führenden Beitrag, den gerade die Orthodoxie, vor allem der einstige Patriarch von Konstantinopel, schon seit 1919 für die Entwicklung der Ökumenischen Bewegung geleistet habe. Schon damals erkannten die Orthodoxen, daß eine Einigung in Lehrfragen der zwischenkirchlichen Zusammenarbeit, an der sie interessiert sind, nicht vorausgehen müsse, sondern sehr wohl durch diese Zusammenarbeit gefördert werden könne.

Was insbesondere die Russisch-Orthodoxe Kirche betrifft, so erklärte Dr. 't Hooft auf einer Pressekonferenz, sie sei dabei, den Weltrat der Kirchen zu entdecken, den sie 1948 noch abgelehnt hatte. Der Besuch von Delegierten